

Plehwe, Dieter; Schlögl, Matthias

Working Paper

Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD)

WZB Discussion Paper, No. SP III 2014-501r

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Plehwe, Dieter; Schlögl, Matthias (2014) : Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD), WZB Discussion Paper, No. SP III 2014-501r, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/104064>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WZB

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung



Dieter Plehwe, Matthias Schlögl

Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD)

Discussion Paper

SP III 2014–501r

November 2014
(revised version)

Wir danken an dieser Stelle dem Open-Society-
Institut Brüssel für die Förderung unserer
Forschung zu europäischen Parteistiftungen
und deren Partnernetzwerken.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Forschungsschwerpunkt

Gesellschaft und wirtschaftliche Dynamik

Projektgruppe

Modes of Economic Governance

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
Germany
www.wzb.eu

Copyright remains with the author(s).

Dieter Plehwe, Matthias Schlögl
**EUROPÄISCHE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE HINTERGRÜNDE DER EURO(PA)SKEPTISCHEN
PARTEI ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)**

Discussion Paper SP III 2014-501r
Erschienen: Februar 2014 (überarbeitet: November 2014)
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2014)

Discussion papers of the WZB serve to disseminate the research results of work in progress prior to publication to encourage the exchange of ideas and academic debate. Inclusion of a paper in the discussion paper series does not constitute publication and should not limit publication in any other venue. The discussion papers published by the WZB represent the views of the respective author(s) and not of the institute as a whole.

Corresponding authors:

Dr. Dieter Plehwe	Matthias Schlögl, M. A.
dieter.plehwe@wzb.eu	m.schloegl@bath.ac.uk

Dieter Plehwe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der WZB-Projektgruppe Modes of Economic Governance. Matthias Schlögl ist Doktorand am Department for Social and Policy Sciences der University of Bath.

Zusammenfassung

Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD)

von Dieter Plehwe und Matthias Schlögl

Die Gründung und rasche Mitgliederentwicklung der euro(pa)skeptischen Alternative für Deutschland (AfD) im Jahr 2013 steht im Einklang mit Erfolgen rechtspopulistischer Parteien in anderen EU Mitgliedsländern. Seit der Ablehnung des Verfassungsvertrages bei Volksabstimmungen in Frankreich und der Niederlande gilt der „permissive Konsens“ bezüglich Kernfragen der Europäischen Einigung auch im Kreise der EG-Gründungsmitglieder als bedroht. Gegner einer fortschreitenden Vertiefung der Europäischen Integration, nicht zuletzt die britischen Tories unter Premier David Cameron, rechnen sich vermehrt Aussichten auf eine erfolgreiche Neuausrichtung der europäischen Politik aus. Diese europäischen und die weiteren zivilgesellschaftlichen Hintergründe der konservativ-neoliberal ausgerichteten Partei in Deutschland sind maßgebliche Faktoren für die Erklärung des schnellen Aufstiegs und die Einordnung der Alternative für Deutschland ins deutsche und europäische Parteienspektrum. Das Papier untersucht in diesem Zusammenhang zum einen die Herausbildung der europäischen politischen Partei Alliance of European Conservatives and Reformists (AECR) auf der Basis der Prager Erklärung, die AECR Parteistiftung New Directions und deren europäisches Partner-Netzwerk genauer. Zum anderen werden die neoliberal-europakritischen Hintergründe der AfD anhand einer Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Think Tanks, Vorläuferparteien und Initiativen dargestellt.

Abstract

**European and civil society background of the Euro(pe)sceptic party
'Alternative für Deutschland' (AfD)**

by Dieter Plehwe and Matthias Schlögl

The founding and rapid membership development of the euro-sceptic Alternative for Germany (AfD) in 2013 follows similar developments of right wing populist parties in other EU member states. Since the no-votes in popular referenda in France and the Netherlands the erstwhile “permissive consensus” with regard to core questions of European unification appears fragile even among the founders of the European Communities. The opposition against a progressive deepening of European Integration – not least the British Tories under premier David Cameron – reckons better chances to succeed with a new direction of Europe’s political development. These European and other civil society backgrounds of the conservative-neoliberal political party in Germany are key factors to explain the rapid rise and the place of the Alternative for Germany in the German and European party spectrum. The paper sets out to more closely examine the development of the Alliance of European Conservatives and Reformists (AECR) on the basis of the Prague Declaration, and the AECR political party foundation New Direction, and its European partner network on the one hand. On the other hand the paper traces neoliberal, conservative and euro-sceptic civil society organizations, think tanks, predecessor parties and initiatives, which form the background of AfD in Germany.

Inhalt

1. Einleitung: Wer steht hinter der Alternative für Deutschland?.....	1
2. Die „Alliance of European Conservatives and Reformists“, ihre Parlamentsfraktion und ihre Parteistiftung „New Direction“	4
3. NDF-Partnerorganisationen in der neoliberalen Zivilgesellschaft: die Verankerung der rechtsliberalen Europakritik in europäischen Think-Tank-Netzwerken.....	12
4. Die zivilgesellschaftlichen Hintergründe und Vorläufer der Alternative für Deutschland	22
5. Zwischenbilanz: Die AfD nach einem Jahr.....	26
6. Resümee und Ausblick.....	33
Literatur	36

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Nationale und Europaparlaments-Ergebnisse über zwei Prozent der mit der AEER verbundenen nationalen Parteien	5
Tabelle 2: Mitglieder/Partner AEER/ECR/NDF nach Ländern (2010-2014)*	11
Tabelle 3: Think-Tank-Partner der NDF im Zeitraum 2010-2014.....	13
Tabelle 4: Personen im NDF-Netzwerk mit Verbindungen zu mehreren Think Tanks	20
Tabelle 5: Personen im Stockholm-Netzwerk mit Verbindungen zu mehreren Think Tanks	21
Tabelle 6: Wahlergebnisse der AfD 2013	32
Abbildung 1: Häufigkeit der NDF-Partner-Think-Tank-Themen	14
Abbildung 2: Verbindungen (Interlocks) zwischen NDF-Partner-Think-Tanks (Stand 08/2013).....	18

1. Einleitung: Wer steht hinter der Alternative für Deutschland?¹

Die Gründung und die starke Mitgliederentwicklung der Partei Alternative für Deutschland zu Beginn des Wahljahres 2013 werfen die Frage nach den Hintergründen für die Mobilisierung einer euroskeptischen Bevölkerungsschicht auf, die von Philip Plickert als „bürgerliche Graswurzelbewegung gegen den Euro“ charakterisiert wurde (FAZ.NET, 12.03.2013). Grundsätzlich ist die Etablierung einer euroskeptischen Partei am rechten Rand des politischen Spektrums in Deutschland nicht sehr überraschend. In zahlreichen EU Ländern formierten sich euro(pa)skeptische Bewegungen und Parteien schon seit geraumer Zeit. Sie sind längst zum Gegenstand der vergleichenden Forschung avanciert (Wodak et al. 2013, FEI 2012, Harmsen/Spierung 2004). Bei Europawahlen werden häufig Kandidatinnen und Kandidaten von europaskeptischen Parteien gewählt, die bei nationalen Wahlen keine guten Chancen auf Erfolg hatten (Brack 2013). Die erfolgreichen Referenden gegen die Verfassung in den EU-Gründungsstaaten Frankreich und Niederlande signalisierten Integrationsgegnerinnen und –gegner aber über reines Protestwahlverhalten hinaus, dass sich die Erfolgsaussichten im Kampf gegen eine immer engere wirtschaftliche und politische Union derzeit verbessern (Usherwood/Startin 2013).

In vielen EU-Staaten verringerte die Etablierung einer europaskeptischen oder gar –feindlichen Partei dabei die Repräsentationslücke im repräsentativ-parlamentarischen System, die in einigen Mitgliedsländern und im Europaparlament allerdings immer noch klafft. Wird die Bevölkerung gefragt, ob sie a) mehr europäische Integration wolle, b) das derzeitige Niveau gehalten werden solle, oder aber c) eine Verringerung gewünscht werde, so fallen etwa zwei Drittel der Antworten auf mehr Integration und derzeitiges Niveau beibehalten. Immerhin ein Drittel der Bevölkerung meint aber, dass weniger Integration gut wäre (Rose/Borz 2013). Demgegenüber sind im Europaparlament nur die kleinen Fraktionen European Conservatives and Reformists (55 Abgeordnete) und Europe of Freedom and Democracy (35 Abgeordnete) am rechten Rand für eine partielles oder vollständiges Roll Back der Europäischen Einigung zugunsten der Nationalstaaten. Sie vereinigen etwa zwölf Prozent der Sitze im Europaparlament auf sich. Damit beträgt die Lücke auf europäischer Ebene im Hinblick auf das Vertreten von euroskeptischen Positionen nach wie vor ca. 20 Prozent. Sie schrumpft auf ca. 15 Prozent, wenn die 34 europakritischen Abgeordneten der European United Left/Nordic Green Left berücksichtigt werden. Allerdings richtet sich die linke Europakritik auf andere Bereiche, etwa auf die ökonomische Liberalisierungspolitik und die Militarisierung der EU-Außenpolitik. In Hinblick auf politische Entscheidungen im Europaparlament beträgt die Lücke unterdessen sogar 100 Prozent, weil die großen Fraktionen (EPP und Sozialdemokraten) im Wesentlichen gemeinsam pro Integration abstimmen und dabei häufig

¹ Wir bedanken uns beim Autor "Acton's heir" für kritische Hinweise und Kommentare (www.antibuerokratieteam.net/2014/04/25/aktenzeichen-afd-dieter-plehwe-ermittelt/), die zu mehreren Korrekturen geführt haben.

auch auf Unterstützung der Fraktionen der Liberalen und der Grünen rechnen können. Euro(pa)skeptische Kräfte haben (bislang) keine große Aussicht auf Erfolg in der europäischen Gesetzgebung (Rose/Borz 2013).

In Deutschland tritt derzeit keine der im Parlament vertretenen Parteien für eine politische Devolution in der EU ein. Grundsätzlich konnten sich laut Umfragen im April 2013 (u.a. von INSA im Auftrag der Bild-Zeitung und von Allensbach im Auftrag der FAZ) 17-24 Prozent der Wählerinnen und Wähler vorstellen, eine euroskeptische Partei wie die Alternative für Deutschland zu wählen. Zwar gaben demgegenüber im April 2013 nur drei Prozent bei der Sonntagsfrage an, dass sie die AfD wählen würden (FAZ, 16.04.2013). Von Wahlforscherinnen und -forschern wurde aber vermutet, dass AfD-Wählerinnen und Wähler ihre Präferenzen nicht offen legen. Wundern durfte sich daher über das deutlich bessere Ergebnis von beinahe fünf Prozent bei den Bundestagswahlen im September 2013 niemand in Anbetracht der besonders eklatanten Diskrepanzen zwischen Parteien und einigermaßen großen Bevölkerungsteilen in Kernfragen der Europäischen Integration, zuletzt etwa in Fragen der Bankenrettung, der Staatsschuldenkrise und der Stabilisierung des Euro.

Lange dokumentierte Demokratiedefizite, nicht zuletzt ein besonders elitäres Verständnis der politischen Klasse in der Europapolitik bedrohen den Traum von der europäischen Einigung (Haller 2009). Aufgrund des starken Auftriebs des Euroskeptizismus insbesondere in seiner rechtspopulistischen Variante liegt die fragile Konstruktion Europas offen. Frei nach Malcom X: The chickens come home to roost.

Was verbirgt sich hinter dem konservativ-europakritischen Phänomen? Repräsentieren die 90 Abgeordneten der moderaten und radikaleren ökonomischen und nationalistischen Rechten im Europaparlament tatsächlich die bis zu 25 Prozent europakritischen Teile der Bevölkerung bzw. bringt die AfD das Denken der Teile der deutschen Bevölkerung zum Ausdruck, die sich im Juni 2014 ihre Wahl in das Europäische Parlament vorstellen können?

Um diese Fragen zu beantworten muss genauer erörtert werden, um welche Kräfte es sich handelt, die sich im euro(pa)skeptischen Lager in Deutschland formieren. Das ist im Falle der AfD einigermaßen schwierig, weil die Partei so jung ist. Zwar ist bekannt, dass etwa 1.000 der ca. 11.000 Mitglieder (Mai 2013) vorher Mitglied in der CDU waren und mehr als 600 von der FDP kommen (o.V. HB, 14.05.2013), aber damit liegen längst nicht alle Quellen der euroskeptischen Bewegung hierzulande offen zu Tage. Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (Lange/Saetzler 2013) vermutet, dass der Mövenpick-Milliardär August von Finck den Wahlkampf der Partei finanziert haben könnte, was von der Presse zahlreich aufgegriffen wurde (z.B. o.V. Die Welt, 22.04.2013). Wichtiger aber ist der Verweis der Studie u. a. auf den Verein Zivile Koalition (u.a. der Spitzenkandidatin der AfD, Beatrix von Storch), der bereits viele Klagen gegen die EU eingereicht hat.

In der Frage des Euroskeptizismus wird nämlich zu Recht darauf hingewiesen, dass sich die Forschung bei der Erklärung des politischen Phänomens nicht auf die politischen Parteien beschränken darf, sondern Elemente der organisierten Zivilgesellschaft stärker berücksichtigen muss (Usherwood/Startin 2013). Die

genauere Berücksichtigung der Zivilgesellschaft und insbesondere von politiknahen Forschungs- und Beratungsinstituten (Think Tanks) ist im Falle der AfD sehr ergiebig, wie wir im Folgenden zeigen werden, weil Teile des Führungspersonals und zentrale Positionen in Deutschland bereits seit längerer Zeit über marktradikale und rechtsliberale Think Tanks im In- und Ausland zusammen wirken. Deren Europaverständnis lässt sich überspitzt auf die einfache Formel bringen: Negative ökonomische Integration, also die Beseitigung von Hindernissen grenzüberschreitender Wirtschaftsaktivität = gut; positive politische Integration, also die Gestaltung der gemeinsamen gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse = schlecht. Vor dem Hintergrund eines solchen negativen Integrationsverständnisses (Machlup 1977) erklärt sich die Forderung nach einer partiellen Desintegration. Das neoliberale Europaverständnis erachtet den Rückbau des europäischen Einigungsprozesses als Fortschritt und kann dabei eine Allianz mit Vertreterinnen und Vertretern nationalistischer politischer Positionen eingehen, solange diese die Ziele der ökonomischen Liberalisierung nicht in Frage stellen (vgl. allgemein zum neoliberalen Europaprojekt Hooghe/Marks 1997).

Wird die euroskeptische Minderheit in der Bevölkerung als Nachfrage verstanden, für die in der Bundesrepublik lange Zeit parteipolitisch kein adäquates Angebot entwickelt wurde, so hielten eine Gruppe rechtsliberaler und europaskeptischen Organisationen, darunter Vereine und Think Tanks, in Deutschland bis in die jüngste Vergangenheit ein Angebot bereit, für das es keine hinreichend parteipolitisch kanalisierte Nachfrage gab. Mit der AfD scheint sich dies zu ändern. Die parapolitischen Organisationsstrukturen im rechtsliberalen und nationalistischen Lager inklusive (zumindest teilweise) beteiligter Medien sind als wesentliche Voraussetzung dafür zu erachten, dass die mögliche Mobilisierung der europaskeptischen Wahlbevölkerung wohl vor allem das rechte Lager stärken wird, allen inhaltlichen Überlegungen und taktischen Manövern von Teilen der Linkspartei in Sachen Euro zum Trotz (vgl. den Beitrag von Sahra Wagenknecht im Neuen Deutschland, 05.05.2013).

Bislang weitgehend ausgeblendet bleiben in der Diskussion über die Gründung einer euroskeptischen Partei in Deutschland auch die internationalen Zusammenhänge dieser Diskurskoalition. Untersucht werden können und müssen die Verbindungen zwischen der neu gegründeten Alternative für Deutschland und der 2009 u.a. von den britischen Tories gegründeten europäischen politischen Partei „Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten“ (AECR). Eine Paradoxie der Europapolitik besteht darin, dass es ohne diese transnationale europäische Partei von in manchen Fragen moderaten, in anderen Fragen zunehmend radikalen Euroskeptikern die neue Komponente des nationalen Parteienspektrums in Deutschland in dieser Form wohl nicht geben würde. Nicht nur das „Nein“ zur Verfassung in Frankreich und den Niederlanden, sondern auch die Entwicklung einer (partiellen) politischen Desintegrationsperspektive führte dazu, dass die neoliberale Rechte in der Europapolitik Morgenluft wittert.

Im Folgenden gehen wir daher zunächst auf die neue rechte europäische Partei AECR und deren Europaparlamentsfraktion European Conservatives and Reformists (ECR) sowie ihre 2010 ins Leben gerufene Parteistiftung New Direction

Foundation (NDF) ein. Anschließend erörtern wir das Think-Tank-Partner-Netzwerk der NDF, um über dessen deutsche Verbindungen wichtige Elemente des parteipolitischen „Prototyps“ Alternative für Deutschland zu erfassen. Unser Modell der Think-Tank-Analyse kombiniert „logics of sponsorships“ und „logics of constituencies“, um über die Bestimmung solch tragender Kräfte die Basis der Think-Tank-Arbeit sowie den Zusammenhang von Interessen und Ideen zu klären. Wir lehnen uns damit an das von Schmitter und Streeck (1999) entwickelte Verfahren für die Analyse von Interessengruppen an, wobei die für Verbände typischen Mitgliederlogiken bei Think Tanks selten eine Rolle spielen. Deren Arbeit wird maßgeblich durch bekannte Sponsoren und zu identifizierende Gruppen (z.B. akademische, politische, religiöse oder wirtschaftliche Kreise) bestimmt, die mit Methoden der sozialen Netzwerkanalyse (Verflechtungsanalyse, z.B. Aufsichtsräte oder Beiräte) ermittelt werden können. Selbstverständlich handelt es sich hier um ein Annäherungsverfahren zur Entwicklung von Hypothesen, welche durch geeignete Forschungsstrategien genauer zu prüfen wären. Diese Annäherung ist zunächst vor allem deshalb erforderlich, weil viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Think Tanks nicht bereit sind, hinreichende Angaben über ihre Finanzierung und relevante Ressourcen zu veröffentlichen.

Vor dem Hintergrund ihrer europäischen und zivilgesellschaftlichen Verbindungen gehen wir im nächsten Abschnitt auf die neue Partei selbst, ihr Programm und die ersten Wahlergebnisse etwas genauer ein. Abschließend begründen wir einerseits die vor dem Hintergrund der Erstarkung des rechten Lagers kontra-intuitive Erwartung, dass die letztlich überwiegend anachronistische und reaktionäre Europakritik von rechter Seite am Ende dazu beitragen wird, die demokratischen und progressiven Momente der europäischen Einigung zu stärken. Andererseits wollen wir anhand der Erörterung der zivilgesellschaftlichen Zusammenhänge die Gelegenheit nicht ungenutzt lassen, auf eine Reform der Regulierung gemeinnütziger Organisationen insbesondere im Bereich der politiknahen Forschung und Beratung zu drängen. Weil parapolitischen Organisationen in der Europapolitik eine wachsende Bedeutung zukommt, sollten erreichte Transparenz-Maßstäbe für politische Parteien auch bei komplementären oder konkurrierenden Organisationsformen nicht unterschritten werden.

2. Die „Alliance of European Conservatives and Reformists“, ihre Parlamentsfraktion und ihre Parteistiftung „New Direction“

Die Alliance of European Conservatives and Reformists wurde im Jahr 2009 gebildet, nachdem die britischen Tories sich entschlossen hatten, die größte europäische politische Partei, die European People's Party, zu verlassen. Die Entscheidung war im eigenen Lager stark umstritten, weil die britischen

Konservativen damit ihren Einfluss in der EPP-Fraktion nicht mehr geltend machen konnten und sich zudem mit einer Reihe von dubiosen Parteikräften einließen, um die AECR zu gründen.² Neben zwei weiteren größeren Parteien, Prawo i Sprawiedliwość (PiS: Law und Justice) in Polen und Občanská demokratická strana (ODS: Civic Democratic Party) in Tschechien, sind u.a. in Litauen und Belgien Parteien vertreten, denen homophobe oder rassistische Tendenzen vorgeworfen werden (Bale et al. 2010).³ Die folgende Tabelle zeigt die nationalen AECR-Mitglieder mit Wahlergebnissen über zwei Prozent.⁴

Tabelle 1: Nationale und Europaparlaments-Ergebnisse über zwei Prozent der mit der AECR verbundenen nationalen Parteien

Land	Partei	Europawahl 2009	Nationale Wahl (Jahr)	Anmerkungen
Tschechische Republik	Civic Democratic Party	31.5 %	7.7 % (2013)	
Polen	Law and Justice Poland Comes First	27.4 %	29.9 % (2011) 2.2 % (2011)	
UK	Conservative Party Ulster Unionist Party	27.0 % 0.4 %	36.1 % (2010) 0.3 % (2010)	Enthält das Ergebnis der nordirischen Conservative Party.
Litauen	Electoral Action of Poles in Lithuania	8.4 %	5.8 % (2012)	
Luxemburg	Alternative Democratic Reform Party	7.4%	6.6 % (2013)	
Niederlande	Christian Union	6.8 %	3.1 % (2012)	Europawahl: Allianz mit der "Reformed Political Party"
Belgien	Libertarian, Direct, Democratic Party	4.5 %	2.3 % (2010)	

² Als Mindestvoraussetzung für die Bildung einer Fraktion im Europaparlament gilt die Präsenz von 25 Abgeordneten aus sieben Ländern.

³ Allerdings weisen Kritiker der EPP-Fraktion mit Recht darauf hin, dass deren Toleranz gegenüber rechten Parteien selbst sehr ausgeprägt ist: „Die Europäische Volkspartei toleriert in ihren Reihen neben der Fidesz auch Silvio Berlusconis Volk der Freiheiten. In dieser Partei ist nicht nur die Forza Italia des italienischen Premiers aufgegangen, sondern auch die postfaschistische Alleanza Nazionale und die erklärte neofaschistische Azione Sociale von Alessandra Mussolini“ (Vogel 2009).

⁴ Die AECR hat zurzeit 15 Mitgliedsparteien, darunter vier aus Nicht-EU-Staaten (Färöer Inseln, Georgien, Island, Türkei), die in dieser Darstellung der Wahlergebnisse keine weitere Berücksichtigung finden.

Quelle: <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00082fcd21/Results-by-country-%282009%29.html>, <http://www.parties-and-elections.eu/countries.html>, letzte Zugriffe 27.01.2014.

Die Übersicht zeigt, dass AEER-Mitglieder zuletzt lediglich in zwei Ländern auf nationaler und europäischer Ebene mehr als 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen konnten. In weiteren drei Ländern werden auch auf nationaler Ebene mehr als fünf Prozent erreicht, in den Niederlanden wird die drei Prozent Marke geknackt, in Belgien beinahe. Auf nationaler Ebene sind mithin drei der fünf Parteien mit Ergebnissen über fünf Prozent neue EU-Mitglieder in Mittel- und Osteuropa. Lediglich Großbritannien verzeichnet eine große parteipolitische Basis in Westeuropa und in den „alten“ EU-Ländern wurden bislang nur in Luxemburg jüngst mehr als fünf Prozent erreicht. Die Asymmetrie der kleineren europäischen politischen Parteien wird auch daran offensichtlich, dass lediglich in elf von 28 Mitgliedsländern Parteien in der AEER Mitglied sind und auch nur elf Länder in der EER-Fraktion vertreten sind.

Trotz mancher demokratietheoretisch problematischer Tendenzen beschreiben Bale et al. (2010) die neue rechte europäische Partei als gemäßigte und pragmatische Kraft. Wesentlich für die hier interessierende Frage der strategischen Entwicklung euro(pa)skeptischer Politik ist ohnedies die Entscheidung der drei großen konservativen Parteien der AEER in Großbritannien, Polen und Tschechien die enge Abstimmung bei Entscheidungen im Europaparlament zwischen der EPP-Fraktion und der sozialistischen Fraktion aufzugeben. Begründet wurde der Schritt zur Gründung der AEER damit, dass im Europaparlament künftig die Möglichkeit einer rechten Mehrheit als Alternative zum bisherigen prinzipiell integrationsfreundlichen Kurs der großen europapolitischen Koalition angestrebt werde (ebd.). Während die äußerste Rechte im Europaparlament, die Fraktion Europe of Freedom and Democracy, als weitgehend unkoordinierte, „unordentliche Rechte“ (Brack 2013) in Opposition zur EU beschrieben werden kann, entwickelt die AEER eine konservative europäische Reformstrategie, die schon deshalb nicht unterschätzt werden sollte, weil viele Kräfte im bürgerlichen Mehrheitslager zumindest mit einigen Positionen der neuen Rechten durchaus sympathisieren.⁵

Rose und Borz (2013: 486) bezeichnen die AEER als einzige „catch all“- Partei aufgrund der besonders häufig differierenden Positionen ihrer nationalen Mitgliedsparteien. Aber damit werden die bei den AEER-Mitgliedsparteien geteilten Vorbehalte gegenüber dem erreichten Stand europäischer Integration als ideologisches Bindeglied wohl kaum angemessen erfasst. Zudem werden die wirtschaftspolitischen Positionen der Parteien mit der Methode von Rose und Borz (2013: 483, 497, basierend auf dem von Trechsel und Mair 2011 entwickelten Profiler-Verfahren) nicht systematisch ausgewertet. Möglicherweise könnten sowohl im Hinblick auf integrationspolitische Fragen als auch im Hinblick auf

⁵ Zum Beispiel teilt Holger Kraemer, Mitglied der liberalen Fraktion im EP (http://de.wikipedia.org/wiki/Holger_Kraemer), die klimawandelskeptischen Positionen, die auch in Teilen der AEER verbreitet sind, besonders bei Vaclav Klaus von der ODS.

wirtschaftspolitische Fragen ein höheres Maß an Gemeinsamkeiten identifiziert werden als Rose und Borz (2013) vermuten. Auch im Hinblick auf das Abstimmungsverhalten der ECR-Fraktion lässt sich bei weniger als 20 Prozent abweichenden Voten in der Fraktion keine extreme Heterogenität ausmachen. Die kleinere rechtsradikale Fraktion Europe of Freedom and Democracy ist der ECR gegenüber ausgesprochen heterogen im Abstimmungsverhalten und auch die Fraktion European United Left/Nordic Green Left ist geringfügig heterogener als die ECR-Fraktion gemäß Abstimmungsverhalten (Morris 2013: 35). Jedenfalls aber haben sich die AECR-Parteien allen Unterschieden zum Trotz auf der Basis einer europapolitischen Plattform zusammengeschlossen. Was vertritt die AECR bzw. was vertreten die in der AECR zusammengeschlossenen Parteien?

Das Prager Manifest der radikalen Reformer

Die Zusammenarbeit der europakritischen neuen Rechten wurde von den britischen Tories und Václav Klaus' tschechischer ODS auf der Grundlage einer Zehn-Punkte-Erklärung entwickelt. Die "Prague Declaration"⁶ vom März 2009 kombiniert neoliberales (im Sinne von marktradikalem und rechtsliberalen) und konservatives Gedankengut, betont ökonomische und nationalstaatliche Aspekte. Der Kern des ökonomischen Neoliberalismus, explizit ökonomische (nicht politische!) Freiheit als Grundlage der persönlichen Freiheit und des nationalen Wohlstandes wird im ersten Punkt umrissen:

"1. Free enterprise, free and fair trade and competition, minimal regulation, lower taxation, and small government as the ultimate catalysts for individual freedom and personal and national prosperity..." (Hervorhebung durch den Autor).

Die Deklaration fordert im Weiteren mehr individuelle Freiheit und Verantwortung, saubere Energie und Energiesicherheit, betont die Familie als Grundlage der Gesellschaft, die nationale Souveränität gegen den europäischen Föderalismus, die Bedeutung der Nato insbesondere für die jungen Demokratien im Osten Europas, spricht sich für eine effiziente öffentliche Verwaltung sowie für eine strikte Kontrolle der Immigration, gegen Verschwendung und für größere Transparenz bei der Verwendung europäischer Mittel aus (Punkte 2-9).

Während Europa somit gleich mehrfach als negative Referenzfolie dient (Verschwendung, Bürokratie etc.), wird erst mit dem zehnten Punkt ein positives Ziel der europäischen Kooperation benannt:

"10. Respect and equitable treatment for all EU countries, new and old, large and small."

Anhand der Prager Erklärung wird deutlich, dass die etablierte Unterscheidung zwischen weichem und hartem Euroskeptizismus, zwischen moderater Europakritik und Fundamentalopposition (Szczerbiak/Taggart 2008) bei der

⁶ www.aecr.eu/about-us, letzter Zugriff 27.01.2014.

Charakterisierung der AECR so nicht mehr trägt.⁷ Insbesondere die Osterweiterung hat die Koordinaten der europapolitischen Position stark verschoben, wenn z.B. die marktradikalen klimawandelskeptischen Perspektiven des langjährigen tschechischen Regierungschefs Václav Klaus bedacht werden. Als Mitglied der Mont-Pèlerin-Gesellschaft (vgl. Walpen 2004) vertritt Klaus dabei Positionen vieler Rechtsliberaler in Westeuropa, die dort allerdings meist politisch randständig blieben. Die AECR strebt unterdessen auf der Linie der Prager Erklärung eine radikale Reform Europas an, welche faktisch eine weitreichende Rückentwicklung des bisherigen Verlaufs europäischer Integration in vielen Bereichen der Gesellschaftspolitik gleichkäme, u.a. die Regional-, Sozial- und Umweltpolitik sowie die Freizügigkeit einschränken würde. Davon unberührt sind zentrale Elemente der Wirtschaftspolitik, nämlich der erreichte Stand negativer ökonomischer Integration, das Wegräumen von Restriktionen für Handel und Kapitalverkehr. Die AECR verfolgt damit im Gegensatz zur nationalistischen Rechten keine vollständige, sondern eine partielle Desintegrationsstrategie, vor allem um sozial- und gesellschaftspolitische Belange zu re-nationalisieren.

Dass die AECR-Parteien dennoch zunächst eher pragmatische Arbeit leisten, wurde bereits früh am Zusammenbruch der AECR-Opposition gegen den Lissabonner Vertrag deutlich, mit dem die Union 2007 weiter vertieft wurde. Der Vertrag vereinbarte die an den Referenden gescheiterte Verfassung in abgespeckter Form. Václav Klaus verweigerte seine Unterschrift als Ratspräsident nach langem Zögern nicht (Vogel 2009).

Deutlich wird die bislang eher pragmatische Praxis auch anhand der Arbeit in der EP-Fraktion European Conservatives and Reformists. In der Forschung werden drei Rollen unterschieden, welche europaskeptische Parlamentarier im Europaparlament spielen können: Opposition durch Abwesenheit, Nutzung des Forums für öffentlichen Protest und pragmatische Mitarbeit (Brack 2013). Im Gegensatz zur starken Betonung von Abstinenz und Protest bei Mitgliedern der Fraktion Europe of Freedom and Democracy liegt der Schwerpunkt der meisten ECR-Mitglieder sicher bei pragmatischer Mitarbeit (Brack 2013). So zumindest ist auch die stark an praktischen Belangen der Parlamentsarbeit ausgerichtete Webseite der ECR-Fraktion und neuerdings der Parteistiftung New Direction zu interpretieren.⁸

Die im Jahr 2010 gegründete Parteistiftung der AECR-ECR-Konstellation, New Direction – the Foundation for European Reform (NDF), ist die jüngste europäische Parteistiftung. 2007 wurden die europäischen politischen Stiftungen zur Stärkung der Arbeit der europäischen Parteien juristisch anerkannt und mit – im Vergleich zu deutschen Parteistiftungen allerdings geringen – öffentlichen Mitteln

⁷ Ebenso wenig vermag eine eindimensionale Entgegensetzung von nationalen und kosmopolitischen Positionen (Beck/Grande 2007) die Perspektiven der neoliberalen Rechten zu erfassen, weil ökonomischer Kosmopolitismus mit sozialem und politischem Nationalismus z. T. systematisch verknüpft wird.

⁸ Eine detaillierte Untersuchung der Beteiligung und es des Abstimmungsverhaltens der ECR-Mitglieder analog zu Bracks (2013) Untersuchung von Europe of Freedom and Democracy steht noch aus.

ausgestattet (Gagatek/van Hecke 2011). Das Budget der NDF hat sich von € 404.313,- im Jahr 2010 auf € 841.397,- im Jahr 2012 verdoppelt.⁹ Bis zu ihrem Tode Anfang 2013 diente Baroness Margaret Thatcher als Patronin der Stiftung. Unter Leitung des britischen Libertären Tom Miers arbeitet der deutsche Neoliberale Hardy Boullion als Forschungskoordinator, der polnische Solidarnosc-Aktivist Krzysztof Grzelczyk als Osteuropakoordinator und ein operativer Direktor für die Stiftung in Brüssel.¹⁰

Offiziell sollen die Parteistiftungen die europäischen politischen Parteien und die Parlamentarier/innen dabei unterstützen, jenseits der Tageszwänge Debatten zu führen sowie mittel- und längerfristige Strategien und Programme zu entwickeln. Darüber hinaus wird Ihnen die Möglichkeit zugesprochen, mit ihren Partnerorganisationen vergleichend zu forschen (Priestley 2010). Im Gegensatz zu anderen Parteistiftungen reklamiert die New Direction Foundation eine größere Unabhängigkeit von der europäischen Partei. Betont wird die Bereitstellung von Expertise (Gagatek/van Hecke 2011: 12). Die NDF trat bislang u.a. mit Initiativen zur Halbierung des EU-Budgets, der Kürzung der Ausgaben für das europäische Parlament, mit der Ablehnung von europäischen Steuern und mit Forderungen zur Auflösung des Euroraumes hervor. Kritisiert wird außerdem die multinationale Beschaffung von Militärflugzeugen. Umgekehrt begleitet NDF die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie und die Freihandelsinitiativen mit den Vereinigten Staaten konstruktiv.¹¹ Damit bestätigt sich bei der NDF-Arbeit das neoliberale Muster, wonach politische Integration negativ und ökonomische (negative) Integration positiv bewertet wird.

Was haben die AEER, ihre Parlamentsfraktion ECR und ihre Parteistiftung NDF mit Deutschland im Allgemeinen und der Gründung der AfD im Besonderen zu tun? In Deutschland gibt es bislang keine AEER-Mitgliedspartei und keinen Europaparlamentsabgeordneten, der in der ECR-Fraktion Platz nimmt. Demgegenüber zählt die New Direction Foundation das 1998 gegründete Institut für Unternehmerische Freiheit in Berlin (IUF) zu seinen Partnerorganisationen. IUF-Vorstandsmitglied Prof. Charles Blankart, ein Berliner Ökonom, gehört zu den

⁹ http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/grant_amounts_foundations_per_01-03-2012.pdf

¹⁰ Miers arbeitete zuvor für das neoliberale Ur-Institut for Economic Affairs in London und für das Scottish Policy Institute, das nach der ersten Wahl für das schottische Parlament gegründet wurde (Pautz 2009). Er fungiert außerdem als Herausgeber eines Online-Journals für "Lifestyle Freedom" der Organisation Free Society (pro-smoking, drinking etc., vgl. www.thefreesociety.org/). Free Society ist eine libertäre Gruppe, die 1979 von der Tabaklobby "Freedom Organisation for the Right to Enjoy Smoking Tobacco" (Forest) in Großbritannien gegründet wurde (www.powerbase.info/index.php/FOREST). Hardy Boullion hält eine außerplanmäßige Philosophieprofessur in Trier und arbeitet als Professor bei der Online-Universität Swiss-Management-Center. Er ist Inhaber der Agentur Public Partners. Vor der Position bei der NDF leitete er das Centre for a New Europe, welches 1993 als erster neoliberaler europapolitischer Think Tank gegründet wurde (lobbypedia.de/index.php/Hardy_Bouillon). Krzysztof Grzelczyk war ein Aktivist der Solidarnosc Bewegung und Redakteur des Nachrichtensenders der Gewerkschaft. Die Zeit der Militärdiktatur verbrachte er im Exil in Kanada (pl.wikipedia.org/wiki/Krzysztof_Grzelczyk).

¹¹ <http://newdirectionfoundation.org/research>, letzter Zugriff 27.01.2014

Hauptzeichnern des Aufrufs für eine Wahlalternative 2013, der Gründungsplattform der AfD. Abgesehen von diesem Zusammenhang spielten verschiedene deutsche Initiativen bei der NDF und damit im AECR-Kontext bereits eine Rolle. Hans-Olaf Henkel, ein weiterer Hauptzeichner der Wahlalternative 2013, nutzte bereits 2011 das Forum der NDF, um seine Forderung nach einer Aufspaltung der Eurozone in Brüssel zu präsentieren.¹² Anfang 2013 gehörte er zu einer Gruppe, die sein Konzept der geordneten Auflösung der Eurozone als Solidaritäts-Manifest wiederum im Rahmen der NDF in Brüssel propagierte.¹³ Henkel löste sich 2013 von den Freien Wählern und gab Anfang 2014 bekannt, dass er im Dezember 2013 in die AfD eingetreten war. Auf dem Parteitag in Aschaffenburg Ende Januar 2014 wurde er auf den zweiten Platz der AfD Liste für die Europaparlamentswahlen im Juni 2014 gewählt (Plickert 2014).

Bevor die Verbindungen zwischen NDF und deutschen Euro(pa)skeptikern eingehender untersucht werden, kann die Analyse zur europäischen Dimension der sich selbst als Europarealisten bezeichnenden Kräfte mit einer Übersicht abgeschlossen werden. Die folgende Tabelle 2 listet die Mitglieder der AECR (Parteien), ECR (EP-Abgeordnete) und NDF (Partner-Think-Tanks) nach Ländern. In nicht weniger als sechs EU-Ländern existieren zwar NDF-Partnerorganisationen, aber weder Partei(en), die Mitglied der AECR sind, noch Abgeordnete, die der ECR-Fraktion des Europaparlamentes angehören. Wenn die europäischen Parteistiftungen finanziert wurden, um die Arbeit der europäischen politischen Parteien und der jeweiligen Fraktionen im EP im Sinne einer Stärkung der repräsentativen Demokratie zu unterstützen, so stellt sich im Hinblick auf die Partnerorganisationen der NDF die Frage, wen diese in Ländern ohne AECR Parteibasis und/oder ECR Mitgliedschaft im europäischen Parlament, also ohne Kandidatinnen und Kandidaten für politische Ämter bzw. gewählte Politikerinnen und Politiker, repräsentieren: Dienen die Think Tanks in Spanien, Schweden, Rumänien, Kroatien, Österreich, Deutschland und Lettland als Platzhalter, Ersatzpartei oder Brückenkopf? Wer finanziert, betreibt und steht hinter diesen Organisationen? Im deutschen Falle ist interessant, dass mit dem Institut für Unternehmerische Freiheit, das zwischenzeitlich auch als Berlin Manhattan Institut firmierte, ein Think Tank im NDF Umfeld operiert, der auch Verbindungen zur Alternative für Deutschland aufweist. Im Folgenden gehen wir aber zunächst noch etwas ausführlicher auf die NDF-Think-Tank-Welt ein.

12 newdirectionfoundation.org/content/henkel-split-eurozone-save-europe-video, letzter Zugriff 27.01.2014

13 newdirectionfoundation.org/content/press-release-euro-crisis-last-least-ten-years, letzter Zugriff 26.01.2014

Tabelle 2: Mitglieder/Partner AECR/ECR/NDF nach Ländern (2010–2014)*

EU-Land	Parteien AECR	MEPs ECR	Think Tanks NDF
UK	2	26	1
Polen	2	11	2
Tschechische Republik	1	9	4
Belgien	1	1	2
Litauen	1	1	1
Italien	1	1	1
Kroatien	0	1	1
Lettland	0	1	1
Niederlande	0	1	1
Ungarn	0	1	0
Dänemark	0	1	0
Rumänien	1	0	1
Slowakei	1	0	1
Luxemburg	1	0	0
Österreich	0	0	4
Deutschland	0	0	1
Finnland	0	0	1
Griechenland	0	0	1
Schweden	0	0	1
Spanien	0	0	1
Nicht-EU-Staaten			
Island	1	0	1
Färöer Inseln	1	0	0
Georgien	1	0	0
Türkei	1	0	0
Total	14	53	25

Quelle: eigene Darstellung auf Basis der Internetseiten von AECR, ECR and NDF. *einzelne Institute sind mittlerweile nicht mehr aktiv (z.B. Progressive Vision, UK) oder werden nicht mehr als Partner gelistet (z.B. Adriatic Institute, Kroatien).

3. NDF-Partnerorganisationen in der neoliberalen Zivilgesellschaft: die Verankerung der rechtsliberalen Europakritik in europäischen Think-Tank-Netzwerken

Die umfassende Analyse der NDF-Partnerorganisationen, ihrer Themen, ihrer Publikationen, ihres Personals und ihrer Beiräte vermitteln einen Eindruck der Bandbreite von in diesem Fall allesamt recht jungen Think Tanks in Europa.¹⁴ Tabelle 3 zeigt eine Übersicht über die Organisationen, die bislang im Partnernetzwerk der New Direction Foundation wirken bzw. gewirkt haben.

Der älteste Think Tank im Kreise der insgesamt 28 NDF-Partnerorganisationen¹⁵ ist das Liberalni-Institut in Prag. Es wurde 1989 gegründet. Die Hälfte der Partnerorganisationen wurde erst nach dem Jahr 2000 gegründet. Die meisten überwiegend rechtsliberal und national-konservativ orientierten Think Tanks des NDF-Kreises entstanden mithin im Anschluss an die Osterweiterung. Viele in- und ausländische politische und ökonomische Kräfte nutzten das politische Vakuum nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus, um den Kurs der Transformation vom Sozialismus zu Kapitalismus und parlamentarischer Demokratie zu beeinflussen (vgl. Bohle/Neunhöffer 2006).

Das möglicherweise politisch einflussreichste Institut im NDF-Kreis ist das Lithuanian Free Market Institute in Litauen, welches zahlreiche Gesetzesvorhaben vorbereitet hat (Leontjeva 2008) und einen wichtigen Pol in der politischen Diskussion des Landes markiert (Bohle/Greskovits 2012; Boucher 2004: 118). Demgegenüber sind viele Think Tanks gemäß ihren Angaben im Internet nicht sehr aktiv im Bereich Forschung und Beratung. Sie treten vor allem über eigene oder – meist wirtschaftsnahe – öffentliche Medien in Erscheinung.

Thematisch stehen wirtschaftspolitische Fragen im Vordergrund der Think-Tank-Arbeit. Die Grafik auf Seite 14 zeigt die Anzahl der NDF-Partner, die zu unterschiedlichen Themen arbeiten.

¹⁴ vgl. Details zu allen einzelnen Instituten: thinktanknetworkresearch.net/wiki_ttni_en/index.php?title=Category:New_Direction_Foundation.

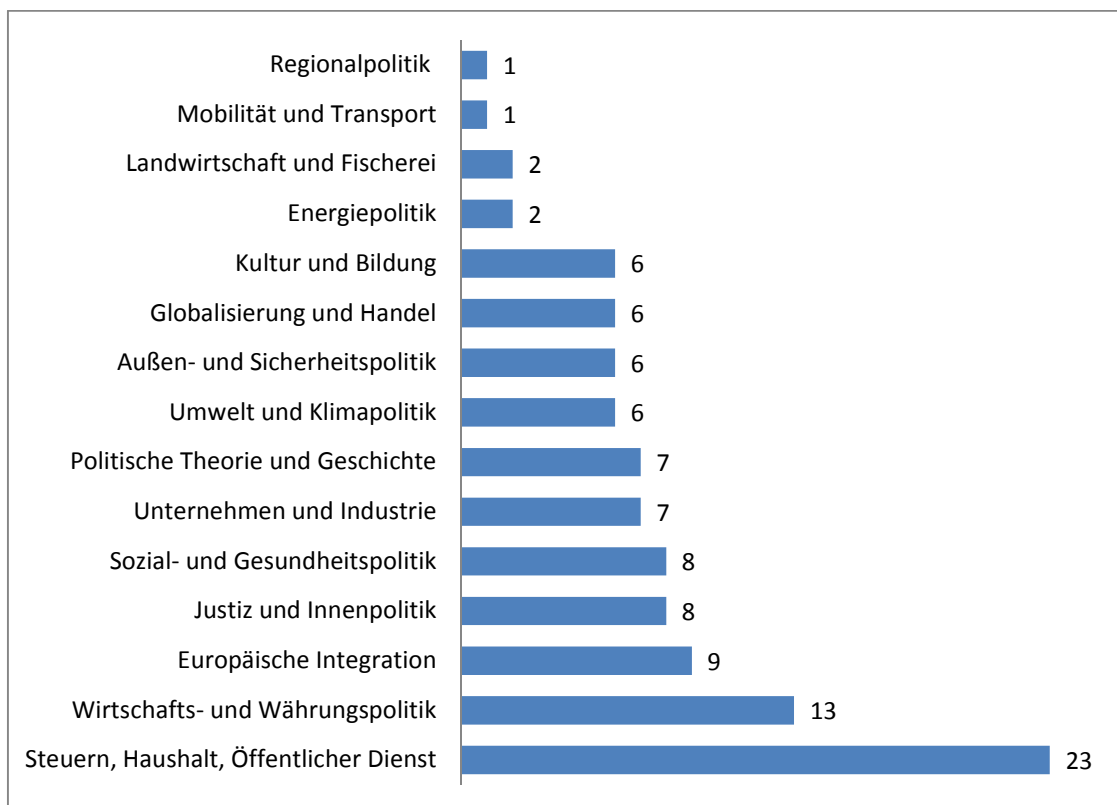
¹⁵ Mindestens ein Partner, Progressive Vision in Großbritannien, existiert nicht mehr. Auch bei und der Think Foundation in Lettland und bei zwei der vier österreichischen Think Tanks ist der Status unklar. Das Economic and Social Research Center hat seit 2010 keine aktuellen Informationen mehr auf der Webseite publiziert und die Coalition for Economic Growth verweist Besucher auf das Austrian Economic Center. Die Think Foundation hat keinen Internet Auftritt.

Tabelle 3: Think-Tank-Partner der NDF im Zeitraum 2010-2014

Think Tank	Land	Gründung	Mitarbeiter	Beiräte	Budget	Output-Schwerpunkt
Adriatic Institute for Public Policy	Kroatien	2004	8	2	---	Blögeinträge, Podcasts
Austrian Economics Center	Österreich	2006	5	4	---	Blögeinträge, Konferenzen
Captus	Schweden	2005	5	5	---	Zeitungsartikel
Center for Institutional Analysis and Development	Rumänien	2005	7	4	---	Blögeinträge
Centre for Political Thought	Polen	1992	1	5	808,101 €*	Blögeinträge
Centre for the Study of Democracy and Culture	Tschech. Rep.	1993	---	4	327,900 €**	Bücher, Magazine
CEVRO Liberal Conservative Academy	Tschech. Rep.	1999	6	7	---	Artikel
Civismo	Spanien	2009	5	5	---	Artikel und Vodcasts
Conservative Institute of M.R. Stefanik	Slowakei	1999	9	3	102,600 € ***	Op-eds
Economic and Social Research Center	Österreich	2000	---	2	---	---
Estat.cz	Tschech. Rep.	2004	3	1	---	Periodicals und Vodcasts
E2T2 Hellenic Conserv. and Reformists' Think Tank	Griechenland	---	3	2	---	Seminare
European Coalition for Economic Growth	Österreich	2006	1	1	---	---
Freedom and Reform Institute	Ungarn	---	---	5	---	Zeitungsartikel, Pod-/Vodcasts
Hayek Institute	Österreich	1993	13	2	---	Vorträge, Diskussionen, Konferenzen
Research Centre for Innovation and Ec. Growth	Island	2012	2	2	---	Vodcasts, Vorträge
Institut Economique Molinari	Belgien	2003	11	1	---	Zeitungsartikel, Vodcasts
Institute for Free Enterprise	Deutschland	1998	8	5	---	Vorträge
Libera!	Belgien	2010	5	3	---	Zeitungsartikel, Blogs, Vorträge
Libera	Finnland	2011	2	5	---	Blögeinträge
Liberalni Institute	Tschech. Rep.	1989	1	3	---	Artikel
Lithuanian Free Market Institute	Litauen	1990	12	4	---	Artikel
New Direction Foundation	Belgien	2010	7	5	841,397 €****	Artikel, Vorträge
Progressive Vision	UK	2007	4	1	---	Blögeinträge
Quid Novi	Niederlande	2005	5	1	---	Policy Paper
Raggruppamento Europa Sociale	Italien	1995	---	2	---	---
The Kosciuszko Institute	Polen	2000	6	2	---	Policy Paper
Think Foundation	Lettland	2011	---	---	---	---

Quelle: Eigene Recherche, *2011, **2011, ***2010, ****2012

Abbildung 1: Häufigkeit der NDF-Partner-Think-Tank-Themen



Quelle: eigene Zusammenstellung gemäß Auswertung des Internet Auftritts der Think Tanks, Stand 12/2013

Die Hauptthemen der NDF sind somit: Steuerpolitik, Wirtschafts- und Währungspolitik und grundsätzliche Fragen der Europäischen Integration. Zum Beispiel wurde eine NDF-Studie gegen die Einführung europäischer Steuern (z.B. die europäische Finanztransaktionskostensteuer) vom schwedischen NDF-Partner Captus geliefert. Das litauische Free-Market-Institut beteiligte sich an der Online-Konsultation der EU-Kommission mit einer grundsätzlichen Ablehnung der Tobin-Steuer. Der belgische Think Tank Libera! lieferte eine Studie zur Dienstleistungsrichtlinie und das Institut Economique Molinari in Belgien publiziert die jährlich erscheinende Studie zur Steuerlast eines durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushaltes, eine aus den USA und Kanada bekannte Kampagnenform gegen Steuern.¹⁶ Die NDF-Studie mit Vorschlägen zur Halbierung des EU-Budgets wurde vom litauischen Free-Market-Institut angefertigt. Die NDF-Vorschläge zur Senkung der Kosten des Europaparlamentes kommen von zwei belgischen Europaparlamentariern der ECR. Zuletzt erschien die Studie „The Privatisation

¹⁶ Berechnet wird angeblich der Tag im Jahr, bis zu dem Arbeitnehmer alleine für die Begleichung der Steuerrechnung arbeiten müssen. Die Daten werden in Kooperation mit dem Unternehmensberatungskonzern Ernest & Young erstellt. Zur Kritik siehe der Ergebnisse und Methode und der grundsätzlichen Stoßrichtung vgl. Brooks (2005).

Goldmine“, welche das Privatisierungspotenzial zur Bewältigung der europäischen Schuldenkrise mit Zahlen zu untermauern sucht.¹⁷

Zu weiteren Themen, die NDF als Forschungsgegenstände listet, u.a. Migration, Energie, Verkehr, oder Landwirtschaft gibt es bislang keine Publikationen. Einige NDF-Partner-Organisationen entwickeln aber z.T. erhebliche Aktivitäten gegen die Klimawandelpolitik und das CO₂-Reduktionsziel in Deutschland und in Österreich. Das NDF-Partnerinstitut für Unternehmerische Freiheit (IUF) organisiert gemeinsam mit dem Europäischen Institut für Klima und Energie seit Ende der 2000er Jahre gemeinsame Klimakonferenzen. Diese beiden Organisationen vertreten klimawandelskeptische bzw. -leugnende Positionen und tragen diese mittlerweile einigermäßen erfolgreich in die Medien (Brunnengräber 2013).

Analog zu den AECR-Mitgliedsparteien stellen sich die NDF-Partner-Think-Tanks trotz vieler Gemeinsamkeiten zugleich als relativ heterogenes Konglomerat dar. Auffällig ist, dass bestimmte Themen des politischen Liberalismus, etwa Minderheiten- und Freiheitsrechte, nur vereinzelt eine Rolle spielen. Hier nimmt das ungarische Freedom-and-Reform-Institut (FRI) eine Ausnahmestellung ein, weil es sich deutlich gegen die autoritären Entwicklungen in Ungarn positioniert. Im Gegensatz zu praktisch allen anderen Think Tanks im NDF-Kreis kommen die ungarischen Autorinnen und Autoren in eher progressiven Medien zu Wort. Abgesehen von FRI in Ungarn tritt Captus in Schweden sichtbar für Migrations- und Frauenrechte ein. Insgesamt aber dominieren wirtschaftsliberale Positionen. In verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas, darunter Polen, Litauen und Rumänien, treten diese ähnlich wie in den USA in Verbindung mit religiösen Kräften (z.B. dem katholischen Radio Maria) auf.

Vor allem in Ländern mit stärkeren AECR-Parteien finden wir Think-Tank-Aktivitäten im Bereich politiknaher Forschung und Beratung, die sich häufiger über die Analyse der Aktivitäten der Mitarbeiter/innen als über Publikationen ermitteln lassen. Im Hinblick auf die öffentliche Wahrnehmung von Think Tanks (Legitimation durch Wissen/schaft) ist besonders auffällig, dass nur sehr wenige Think Tanks im NDF-Partnernetzwerk Papiere mit wissenschaftlichem bzw. auch nicht akademischen Forschungscharakter publizieren. Die Mehrheit der Organisationen arbeitet im Schwerpunkt als mediale Marketingorganisation, zumindest was ihre offiziell dokumentierten Aktivitäten anbelangt. Erst über eine eingehende Analyse der Aktivitäten der Mitarbeiter/innen werden weitere Aufgaben (z.B. Beratung) sichtbar, die auf den Webseiten nicht als solche dokumentiert sind.

Diese Verbindungen der Think-Tank-Mitarbeiter/innen und Beiräte etwa zu Unternehmen, Verbänden, Parteien, NGOs oder akademischen Institutionen lassen auf bekannte Sponsoren und tragende Kräfte schließen. Dabei zeigen sich vielfältige Zusammenhänge mit privaten Wirtschaftsorganisationen (insbesondere Beratungsfirmen unterschiedlicher Art) einerseits und akademischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen andererseits. In Ländern ohne AECR-

¹⁷ <http://newdirectionfoundation.org/content/press-release-europe-missing-big-opportunity-privatisation>, letzter Zugriff 27.01.2014

Parteipräsenz finden sich auch Verbindungen in andere politische Parteien, etwa zum marktradikalen/rechtsliberalen FDP-Parteilügel Liberaler Aufbruch im Falle des IUF oder zur FPÖ im Falle der österreichischen Think Tanks.¹⁸

Warum aber sollten Think Tanks in Ländern ohne AECR-Parteien NDF-Partner werden, wenn sie nicht gemeinsame Anliegen haben? Bereits im Hinblick auf die Divergenzen der parteipolitischen Positionen entging Rose und Borz (2013) bei ihrer Untersuchung der Positionen der Mitgliedsparteien wie oben gezeigt der rechtsliberal-euro(pa)skeptische Kern der Prager Erklärung: der gemeinsame Vorbehalt gegen eine vertiefte politische Union. Auch die Fraktion der Liberalen ist Rose und Borz (2013) zufolge sehr heterogen – mit Ausnahme einer dezidiert pro-europäischen Positionierung der Mitglieder. Der wesentliche Unterschied der liberalen Parteifamilie zu den Rechtsliberalen und Konservativen der AECR-Familie besteht also in der Unterstützung der politischen europäischen Integration, die von der AECR-Familie und den NDF-Partnern in Frage gestellt wird. Teile der Liberalen wie der Parteilügel Liberaler Aufbruch der deutschen FDP können sich aber mit vielen Aspekten der Prager Erklärung sicherlich stärker anfreunden als mit einer uneingeschränkten Unterstützung der politischen Integration Europas. Unterhalb der offiziellen Positionen sind die Grenzen zwischen liberalem, rechtsliberalem und konservativem Lager sicherlich sehr viel fließender als es die Organisation in Parteifamilien und deren offizielle Positionen suggeriert. Das gemeinsame Element der ansonsten heterogenen AECR-Parteien, die ideologische Denkfigur einer partiellen Desintegration bei Erhaltung und Weiterentwicklung des Status quo der ökonomischen Liberalisierung, besitzt sicherlich eine gewisse Ausstrahlungskraft in Teile des liberalen und konservativen Lagers der europäischen Parteienlandschaft.

Personennetzwerke im Rahmen der NDF

Eine komplementäre Untersuchung der sozialen Netzwerkstrukturen innerhalb der NDF-Partnerorganisationen und in der weiteren ThinkTank-Landschaft liefert zum einen weitere Hinweise auf Gemeinsamkeiten im Rahmen der NDF-Zusammenhänge, zum anderen werden zivilgesellschaftliche Hintergründe der AfD sichtbar.

Insgesamt arbeiten mehr als 350 Personen in bzw. für die Partner-Think-Tanks der NDF. Etwa die Hälfte ist in der Leitung oder als Mitarbeiter/in genannt. Die anderen Personen sind als akademische Beiräte oder in Aufsichtsräten bei 14 Instituten aktiv. Die genauere Untersuchung der Verteilung der Think-Tank-Mitarbeiter/innen nach Ländern zeigt eine starke Konzentration. In Österreich, Belgien und Tschechien sind insgesamt jeweils mehr als 20 Personen an der Arbeit beteiligt; in Litauen, Deutschland, der Slowakei, Rumänien, Spanien, Kroatien und Schweden mindestens 10 Personen. Mehr als die Hälfte der Mitarbeiter/innen von NDF Partner-Think-Tanks arbeitet in Ländern wie Österreich und Deutschland, in

¹⁸ vgl. zu den verschiedenen Verbindungen der einzelnen Think Tanks im NDF-Partnernetzwerk: thinktanknetworkresearch.net/wiki_ttni_en/index.php?title=Category:New_Direction_Foundation, letzter Zugriff 27.01.2014.

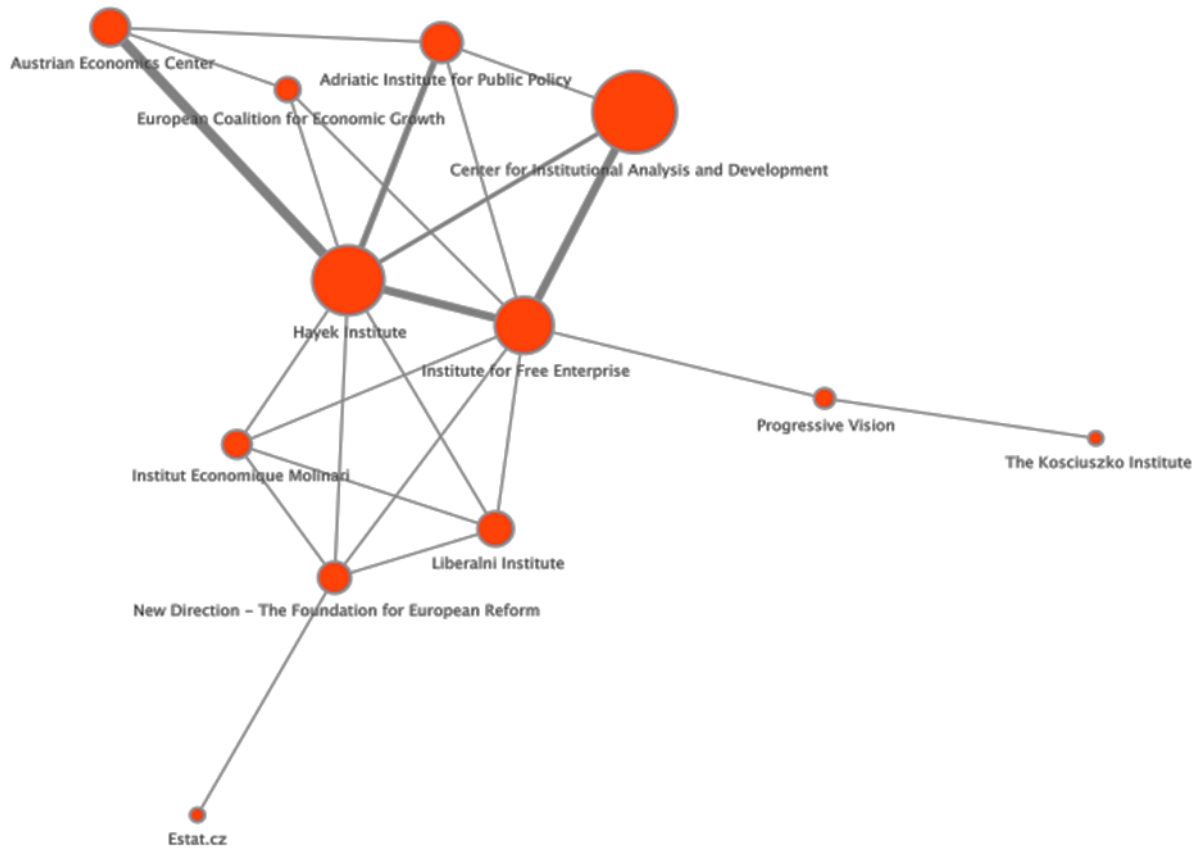
denen es keine nationale Parteibasis der europäischen AECR gibt. Während das Verhältnis von Partei und Think Tank in den Ländern mit AECR-Parteien vermutlich als komplementär bezeichnet werden kann,¹⁹ ist das Verhältnis von Think Tanks zur Parteipolitik in den Ländern ohne AECR-Mitglieder logisch nicht vorhanden, gleichwohl erklärungsbedürftig, weil ein NDF-Partner-Think-Tank durchaus Verbindungen in die Parteipolitik des betreffenden Landes aufweisen kann. Wie sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Think Tanks in Österreich, Deutschland, Schweden, Spanien, Griechenland und Kroatien einzuschätzen, wo es (bislang!) keine AECR-Mitgliedsparteien gibt? Zunächst zu den Personennetzwerken:

Im Zentrum des NDF-Partner-Netzwerkes stehen gemäß der Interlocks, die *Abbildung 2* zeigt, mit dem Hayek Institut (und dem Austrian Economics Center) in Österreich, dem Institut für Unternehmerische Freiheit, CADI in Rumänien und dem kroatischen Adriatic Institute ausgerechnet Organisationen aus Ländern, in denen es keine nationale Parteibasis der AECR gibt.

Handelt es sich bei der starken Verbindung der Think Tanks in Ländern ohne parteipolitische AECR-Verbindung um einen Zufall? Keineswegs. Bei den Personen, die zwei oder mehr Think Tanks verbinden, handelt es sich überwiegend um Mitglieder der neoliberalen Mont-Pèlerin-Gesellschaft (vgl. Walpen 2004; Plickert 2008), die eine langjährige weltanschauliche geleitete Diskussion über zentrale Fragen von Wirtschaft und Gesellschaft über parteipolitische Grenzen hinweg verbindet. Die folgende Tabelle nennt die Personen, die in mindestens zwei NDF-Partner-Think-Tanks aktiv sind.

¹⁹ In einzelnen Fällen ist das Verhältnis unklar, weil Think Tanks Verbindungen zu verschiedenen Parteien aufweisen.

Abbildung 2: Verbindungen (Interlocks) zwischen NDF-Partner-Think-Tank (Stand 08/2013)



Quelle: Eigene Auswertung der Mitarbeiter/innen und Beiräte von NDF Partner-Think Tanks gemäß Internet Auftritt der Institute (Stand 08/2013)

Wie die Daten in Tabelle 4 (siehe Seite 20) zeigen, kennen sich 14 von 19 der Multi-Think-Tanker unseren Recherchen zufolge also wahrscheinlich bereits aus Mont-Pèlerin-Society-Zusammenhängen. Einige Personen des NDF-Netzwerkes waren bereits lange vor der NDF-Gründung in Think Tanks aktiv, die sich seit Ende der 1990er Jahre im Stockholm-Netzwerk formierten. Beispielsweise leitete der NDF-Forschungskordinator Hardy Boullion das mittlerweile aufgelöste Centre for a New Europe, das als erster europapolitischer Think Tank Anfang der 1990er Jahre in Brüssel gegründet worden war. Der Vertrag von Maastricht und der Weg hin zur politischen Union zwang die neoliberalen Europakritiker dazu, sich verstärkt in Brüssel zu organisieren, u.a. im Rahmen des so genannten Stockholm-Netzwerkes und der European Constitutional Group (vgl. Plehwe/Walpen 2004). Weil die Mitarbeiter/innen der Think Tanks des NDF-Netzwerkes möglicherweise weitere gemeinsame Verbindungen außerhalb der NDF-Partnerorganisationen aufweisen, untersuchen wir zusätzlich die Verbindungen zwischen den NDF- und Stockholm-Netzwerken.

Im Stockholm-Netzwerk schlossen sich seit Ende der 1990er Jahre mehr als 100 neoliberal orientierte Think Tanks in Europa zusammen. Die Analyse der weiteren Verbindungen von NDF-Aktiven im Kontext des Stockholm-Netzwerkes zeigt eine Reihe von weiteren Verbindungen. Die Tabelle 5 (Seite 21) listet Personen, die drei oder mehr Think Tanks miteinander verbinden. Die Namen der mit der NDF verbundenen Akteure sind hervorgehoben.

Aufgrund der großen Zahl von Aktivisten, die in verschiedenen Think Tanks arbeiten, erscheint das NDF-Partner-Netzwerk auch als ein neues, parteinahes Spielfeld von bereits länger existierenden neoliberalen Elementen der Zivilgesellschaft, die sich in Europa insbesondere im und um das Stockholm-Netzwerk herausgebildet hat. Im Zentrum der sozialen Netzwerke stehen in beiden Think-Tank-Netzwerken die in der weltweit etablierten Mont-Pèlerin-Gesellschaft organisierten neoliberalen Intellektuellen, die ihre Arbeit als überparteilich betrachten, meist aber parteipolitisch im rechten gesellschaftspolitischen Spektrum angesiedelt sind. Die europapolitischen Positionen dieser rechtsliberalen Linie entsprechen exakt dem Bild einer ökonomischen Liberalisierung ohne supranationale politische Staatlichkeit (vgl. Wegmann 2002; Plehwe/Walpen 2004, 2006). Um diese Verknüpfung und die Bedeutung dieser zivilgesellschaftlichen Zusammenhänge für die Mobilisierung für eine politische Partei besser zu verstehen, muss nun die aktuelle Entwicklung in Deutschland genauer erörtert werden.

Tabelle 4: Personen im NDF-Netzwerk mit Verbindungen zu mehreren Think Tanks

Person	Think Tanks	Anzahl der Verbindungen	Mitglied MPS
Bouillon, Hardy	Hayek Institute, Institut Economique Molinari, Institute for Free Enterprise, Liberalni Institute, New Direction - The Foundation for European Reform	5	ja
Kolm, Barbara	Austrian Economics Center, European Coalition for Economic Growth, Hayek Institute	3	ja
Palmer, Tom G.	Adriatic Institute for Public Policy, Center for Institutional Analysis and Development, Institute for Free Enterprise	3	ja
Blankart, C. B.	Hayek Institute, Institute for Free Enterprise	2	ja
Blundell, John	Adriatic Institute for Public Policy, Hayek Institute	2	ja
Boettke, Peter	Center for Institutional Analysis and Development, Institute for Free Enterprise	2	ja
Boyfield, Keith	Progressive Vision, The Kosciuszko Institute	2	nein
Curzon-Price, Victoria	Adriatic Institute for Public Policy, Hayek Institute	2	ja
Garello, Pierre	Center for Institutional Analysis and Development, Institute for Free Enterprise	2	ja
Kožušník, Edvard	Estat.cz, New Direction - The Foundation for European Reform	2	nein
Liggio, Leonard	Center for Institutional Analysis and Development, Hayek Institute	2	ja
Mitchell, Daniel	Adriatic Institute for Public Policy, Austrian Economics Center	2	Ja
Müller, Wolfgang	European Coalition for Economic Growth, Institute for Free Enterprise	2	ja
Pennington, Mark	Institute for Free Enterprise, Progressive Vision	2	ja
Smith, Vernon L.	Austrian Economics Center, Hayek Institute	2	ja
Thomaschitz, M.	Austrian Economics Center, Hayek Institute	2	nein
Vanberg, Viktor J.	Hayek Institute, Institute for Free Enterprise	2	ja
Wohlfahrt, Franz	Austrian Economics Center, Hayek Institute	2	nein
Zundritsch, Richard	Austrian Economics Center, Hayek Institute	2	nein

Quelle: Eigene Recherche und Zusammenstellung

Tabelle 5: Personen im Stockholm-Netzwerk mit Verbindungen zu mehreren Think Tanks

Person	Anzahl Verb.	Think Tanks	MPS
Bouillon, Hardy	6	Hayek Institute, Institut Constant de Rebecque, Institut Economique Molinari, Institute for Free Enterprise, Liberalni Institute Prag, New Direction - The Foundation for European Reform	Ja
Liggio, Leonard	6	Center for Institutional Analysis and Development, Hayek Institute, Institut Constant de Rebecque, Institut Turgot, Liberales Institut Zürich/Genf, Social Affairs Unit	Ja
Garello, Pierre	5	Center for Institutional Analysis and Development, Institut Constant de Rebecque, Institute for Economic Studies Europe (IES), Institute for Free Enterprise	Ja
Lottieri, Carlo	5	Adam Smith Society, Institut Constant de Rebecque, Institut Turgot, Istituto Brunein Leoni, Murray Rothbard Institute,	Ja
Pennington, Mark	4	Global Vision, Institute for Free Enterprise, Progressive Vision, Reform,	Ja
Congdon, Tim	3	Global Vision, Politeia, Reform	Nein
Curzon-Price, Victoria	4	Adriatic Institute for Public Policy, Hayek Institute, Institut Constant de Rebecque, Liberales Institut Zürich/Genf	Ja
Frith, Shane	3	Centre for Policy Studies (CPS), Open Europe, Reform	
Nef, Robert	4	Institut Constant de Rebecque, Institute for Free Enterprise, Liberales Institut Zürich/Genf, Ludwig von Mises Institute Europe	Ja
Balcerowicz, Leszek	3	Center for Social and Economic Research (CASE), Friedrich von Hayek Stiftung, Stiftung Ordnungspolitik	Nein
Blankart, Charles B.	3	Hayek Institute, Institute for Free Enterprise, Liberales Institut Zürich/Genf	Ja
Blundell, John	3	Adam Smith Society, Adriatic Institute for Public Policy, Hayek Institute	Ja
Boyfield, Keith	3	Global Vision, Progressive Vision, The Kosciuszko Institute	Nein
Colombatto, Enrico	3	Council on Public Policy, Liberales Institut Zürich/Genf, Liberalni Institute Prag	Nein
Donges, Juergen B.	3	Civismo, ECIPE, Stiftung Marktwirtschaft	Nein
Herzog, Roman	3	Council on Public Policy, Friedrich von Hayek Stiftung, Stiftung Ordnungspolitik	Nein
Horn, Karen	3	Council on Public Policy, Institut Constant de Rebecque, Walter Eucken Institut	Ja
Kolm, Barbara	3	Austrian Economics Center, European Coalition for Economic Growth, Hayek Institute	Ja
Lal, Deepak	3	ECIPE, Fondazione Respublica, Politeia	Ja
Letwin, Oliver	3	Centre for Policy Studies (CPS), Politeia, The Centre for Social Justice	Nein
Martino, Antonio	3	Adam Smith Society, Council on Public Policy, Social Affairs Unit	Ja
Möschel, Wernhard	3	Hayek-Gesellschaft, Stiftung Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut	Ja
Palmer, Tom G.	3	Adriatic Institute for Public Policy, Center for Institutional Analysis and Development, Institute for Free Enterprise	Ja
Salin, Pascal	3	Center for Institutional Analysis and Development, Institut Constant de Rebecque, Liberales Institut Zürich/Genf	Ja
Vanberg, Viktor J.	3	Hayek Institute, Institute for Free Enterprise, Walter Eucken Institut	Ja
Vaubel, Roland	3	Institut Constant de Rebecque, Institute for Free Enterprise, Liberales Institut Zürich/Genf	Ja
Willetts, David	3	Centre for Policy Studies (CPS), Politeia, The Centre for Social Justice	Nein

Quelle: Eigene Recherche und Zusammenstellung; Hervorhebungen durch Autoren (siehe S. 19)

4. Die zivilgesellschaftlichen Hintergründe und Vorläufer der Alternative für Deutschland

In einer Kurzstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung (Lange/Saetzler 2013) zur neuen Partei Alternative für Deutschland finden sich wichtige Erläuterungen zur Vorgeschichte der AfD. „Anhand der persönlichen Mitgliedschaft einiger ihrer Mitglieder lässt sich das Milieu und das Gedankengut, aus dem heraus die AfD entstanden ist, sehr gut nachvollziehen“, schreiben die Autorinnen (ebd.: 19). Sie erwähnen Joachim Starbatty, Karl Albrecht Schachtschneider und Bruno Bandulet als Aktivisten des Bund freier Bürger (gegründet 1994) sowie Beatrix und Sven von Storch bei der Allianz für den Rechtsstaat (gegründet 1996), der Zivilen Koalition (gegründet 2006) und dem Bürgerkonvent (gegründet 2003). Bei letzterem war auch Hans-Olaf Henkel beteiligt, der auch mit den Freien Wählern in Zusammenhang steht. Hinzu kommt der Mövenpick-Eigner August von Finck, der an der Finanzierung vieler der genannten Aktivitäten beteiligt war und ist. Der Bürgerkonvent und die Zivile Koalition sind zentrale Elemente einer marktradikalen und konservativen Lobbystrategie, die sich zu einer deutschen Variante der U.S.-amerikanischen Tea Party entwickeln könnte (Berger 2011). Mit dem Institut für strategische Studien Berlin e.V. (ISSB) gibt der Verein Zivile Koalition e.V. im Internet den Blog FreieWelt.net heraus. Ebenfalls publiziert wird das sogenannte Initiativenportal Abgeordneten-Check.de. Verschiedene Aktivitäten, darunter Echte Reformen jetzt, die Initiative Familienschutz und die Initiative Bürgerrecht Direkte Demokratie verdeutlichen die Kampagnenorientierung der para-politischen Vereine.

Als Vorläuferpartei der AfD ist der Bund freier Bürger von besonderem Interesse. Er wurde 1994 vom ehemaligen FDP-Politiker Manfred Brunner gegründet. Brunner hatte gegen den Maastrichter Vertrag der EU eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. 1994 arbeitete die Partei mit der österreichischen FPÖ unter Führung von Jörg Haider bei der Europaparlamentswahl zusammen, erreichte aber nur 1,1 Prozent. Mit Joachim Starbatty, Karl Albrecht Schachtschneider und Bruno Bandulet finden sich drei Mitstreiter Brunners aus den Tagen des Bunds freier Bürger bei der AfD. Der Staatsrechtler Schachtschneider hat viele Verfassungsbeschwerden gegen europäische Verträge verfasst und eingereicht. Bandulet ist Verleger, Finanzexperte und Kolumnist bei den Zeitungen Jungen Freiheit und Eigentümlich Frei. Auf Starbatty gehen die Autoren der Adenauer-Stiftung nicht weiter ein, obwohl über seine Präsenz in diesem Kreise ein sehr wichtiger historischer Hintergrund der Rechtsliberalen erschlossen werden kann, der auch für die Geschichte der CDU/CSU und für die FDP eine große Rolle spielt: die soziale Marktwirtschaft.

Starbatty ist einer der zahlreichen neoliberalen Ökonomen im Kreise bzw. im Umfeld der AfD. Er hat bei Alfred Müller-Armack promoviert und fungiert seit 1991 als Vorsitzender der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“, die 1953 zur Unterstützung von Erhards und Müller-Armacks marktliberalem Konzept der sozialen Marktwirtschaft gegründet wurde. Unter anderem waren die Mont-

Pèlerin-Society-Mitglieder Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke in der frühen Bundesrepublik sehr stark an der Arbeit beteiligt (vgl. Schindelbeck/Illgen 1999). Zu den derzeit Aktiven (Vorstand, Beirat) des in Tübingen residierenden Vereins gehören u.a. Mont-Pèlerin-Society-Mitglieder mit zahlreichen Think-Tank-Verbindungen, darunter Karen Horn, Jürgen Donges, Walter Hamm, Ernst-Joachim Mestmäcker, Christian Watrin und Hans Willgerodt.²⁰

In der jüngeren Diskussion über die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, die u.a. auch über die Initiative für eine neue soziale Marktwirtschaft der Arbeitgeberverbände (INSM) beeinflusst werden soll, streben die Kräfte um Starbatty eine Rückkehr zu den ursprünglich neoliberalen Intentionen der Gründungsväter an (vgl. Plehwe 2004). Die AfD-Gründung steht damit auch im Kontext einer Reihe von Organisationen, die den Wirtschaftsflügel der CDU verstärken sollten, wenn dessen Position innerhalb der CDU/CSU als schwach eingeschätzt wurde: Das neoliberale Frankfurter Institut (Stiftung Marktwirtschaft) und sein wissenschaftlicher Beirat, der Kronberger Kreis („mehr Mut zum Markt“ Schriften), wurden 1982 gegründet, nachdem Strauss und Barzel in der CDU/CSU scheiterten und mit Kohl ein Vertreter des sozialen Flügels an die Macht kam (Karabelas 2011). Die Initiative für eine Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) wurde finanziert, als der Wahlerfolg der SPD unter Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine die CDU Angela Merkels auf die Oppositionsbänke verwies und der Kurs der Union unklar war (Plehwe 2004; Speth 2004). Die AfD-Gründung reiht sich in diese Linie ein, weil die Politik der CDU unter Bundeskanzlerin Merkel unter dem Eindruck der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise Teilen der CDU (und Teilen der FDP) als zu sozialdemokratisch gilt.

Mit Joachim Starbatty, Charles Blankart und anderen neoliberalen Ökonomen können die jüngeren und älteren Traditionslinien des Rechtsliberalismus und des marktwirtschaftlichen Konservatismus in Deutschland erschlossen werden, die mit der Gründung der AfD möglicherweise parteiförmig organisiert werden. Starbatty ist über seine Arbeit bei der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft hinaus Mitgründer der Jenaer Allianz, die mit dem „Jenaer Aufruf zur Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“ 2008 gegründet wurde. Damit sollen die ordnungspolitischen Grundlagen im Sinne der Gründungsväter des Ordoliberalismus (Eucken, Röpke, Rüstow etc.) gegenüber der sozialdemokratisierten Variante der sozialen Marktwirtschaft seit den 1970er Jahren erneuert werden.

Die Jenaer Allianz steht in der Tradition von europapolitischen Aktivitäten, die 1992 am Vorabend des Vertrages von Maastricht und den Plänen zur Wirtschafts- und Währungsunion begannen. 1992 wurde ein erster Professorenbrief von 155 Personen veröffentlicht, der die geplante Währungsunion kritisierte. Die Gruppe wurde vom Mannheimer Ökonomen Roland Vaubel angeführt, einem Mitglied der Mont-Pèlerin-Society und führenden deutschen Vertreter der politischen Ökonomie der Virginia School (Public Choice Theorie: „Staatsversagen“). Zu diesem Zeitpunkt verstärkte sich auch die Opposition von Teilen der Tories gegen die politische Union Europas. Zwar wurde die europaskeptische Bruges-Gruppe schon

²⁰ <http://www.asm-ev.de/>, letzter Zugriff 27.01.2014.

1988 nach einer Rede von Margaret Thatcher gegründet, aber der Konflikt zwischen konservativen Tories und dem Kurs der EU unter Kommissionspräsident Delors spitzte sich erst Anfang der 1990er Jahre zu. Dessen Pläne für eine politische Union auf der Basis einer europäischen Verfassung wurden zunächst offensiv bekämpft. 1992 bildete sich dann aber die neoliberale European Constitutional Group unter Leitung des Berliner Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlers Prof. Christian Kirchner, ein weiterer prominenter deutscher Vertreter der Virginia School und der Institutionenökonomie. Sieben der zehn Mitglieder dieser Gruppe (aus sechs Ländern), die einen eigenen neoliberalen Verfassungsentwurf vorlegten, kannten sich aus der Mont-Pèlerin-Society (vgl. Plehwe/Walpen 2004).

1993 wurde von britischen und deutschen Neoliberalen mit dem Centre for a New Europe auch der erste neoliberale Think Tank in Brüssel ins Leben gerufen, der sich mit zentralen Fragen der Europapolitik beschäftigte. Er sollte einmal eine Art Heritage Foundation Europas werden, scheiterte aber mit den konservativen Elementen der Agenda der neuen Rechten (z.B. schulpolitische Vorstellungen wie home schooling, voucher-Systeme etc.). Demgegenüber waren die wirtschaftsliberalen Themen ein weniger problematischer Bestandteil des Fortgangs der Integration der 1990er Jahre. 1997 wurde mit dem Stockholm-Netzwerk das bereits erwähnte europäische Netzwerk neoliberaler Think Tanks geschaffen, die u.a. mit der European Resource Bank ihr gemeinsames Anliegen zur Expansion neoliberalen Denkens verfolgen. Das Netzwerk wird von Civitas, einem Spin Off des britischen Think Tanks Institute of Economic Affairs koordiniert. Nach der Ablehnung der europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden waren bis zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise Ende der 2000er Jahre keine großen europapolitischen Aktivitäten zu verzeichnen: Die politische Einigung stagnierte und die ökonomische Liberalisierung schritt im Zuge der Osterweiterung voran. Es gab keinen Grund für neoliberale Klagen. Das änderte sich im Zuge der Krisenpolitik zur Rettung des Euro.

- Im Jahr 2010, also geraume Zeit nach dem Intermezzo des Bundes freier Bürger, war Starbatty erneut Mitglied einer Gruppe, die gegen die Nothilfen Deutschlands für Griechenland klagte auf der Basis der „no bail out“-Klausel des Lissabonner Vertrages. Neben Starbatty agierten der Staatsrechtler Schachtschneider, der ehemalige Zentralbanker Nölling, der ehemalige Thyssen-Krupp-Vorstand Spethmann (Süddeutsche Zeitung, 07.05. 2010)
- 2011 folgte die Klage von Starbatty und den Finanz- und Wirtschaftswissenschaftlern Wilhelm Hankel und Markus Kerber gegen den europäischen Rettungsschirm (Süddeutsche Zeitung, 17.03.2011). Deren offenen Brief an den Bundestag schließen sich 24 Mittelständler der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer (ASU) an.
- 2012 schreiben Starbatty, Donges, Henkel, Blankart, Lucke und Kai Konrad in der Süddeutschen Zeitung (06.07.2012) einen Brief, in dem die Maßnahmen zur Euro-Rettung als falsch beschrieben werden.

Werden die Zusammenhänge dieser Ökonomen rekonstruiert, so werden neben der NDF-Partnerorganisation Institut für Unternehmerische Freiheit eine ganze Reihe von neoliberalen Think-Tank-Verbindungen über die beteiligten Professoren und Mont-Pèlerin-Mitglieder offenbar. Charles Blankart ist einer der Gründer des IUF und sitzt im Kuratorium des unlängst in Berlin neu gegründeten Think Tanks Open Europe. Open Europe ist ein Ableger des Londoner und Brüsseler Open-Europe-Instituts, das für die Europapolitik als zentrale Denkfabrik der Tories unter David Cameron gilt (Buchsteiner 2013). Die Berliner Dependance wird von Prof. Dr. Michael Wohlgemuth geleitet, der zuvor im Freiburger Walter-Eucken-Institut als geschäftsführender Forschungsreferent tätig war. Wohlgemuth hat neben Blankart auch Starbatty und Kirchner für das Kuratorium gewonnen. Dazu kommen international prominente Vertreter des Neoliberalismus wie Prof. Leszek Balcerowicz, Prinz Michael von Liechtenstein (Gründer des European Center for Austrian Economics), Mats Person (der schwedische Leiter von Open Europe) und der österreichische Finanzmann Dr. Guido Schmidt-Chiari. Die Liste renommierter deutscher Kuratoren schließt weiterhin ein: den Bundesbanker Claus Tigges, die Geschäftsführerin der Wert-der-Freiheit-gGmbH (Unternehmensgruppe Theo Müller) Dr. Karen Horn, die zuvor im Hauptstadtbüro des Instituts der deutschen Wirtschaft in Berlin tätig war, als Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft fungiert und auch Mont-Pèlerin-Mitglied ist, Prof. Carl Christian von Weizsäcker (Mont-Pèlerin-Mitglied), sowie mit Erik Mann und Prof. Peter Graf von Kielmansegg (ehemalige) SPD-Mitglieder und schließlich Vera Lengsfeld aus dem Kreis der konservativen DDR-Bürgerrechtsbewegung, die als prominente CDU-Politikerin bei der Zivilen Koalition aktiv ist und zeitweise die AfD unterstützt hat (Handelsblatt, 24.05.2013).

Ebenfalls eng sind die Verbindungen bzw. Überlappungen zwischen AfD und der NDF-Partnerorganisation Institut für Unternehmerische Freiheit (IUF) in Berlin. Der Berliner Wirtschaftsprofessor Charles Blankart gehört in beiden Organisationen zum engsten Kreis. Oliver Marc Hartwich, Michael von Prollius und Roland Vaubel (alle IUF) schreiben ebenso wie Hans-Olaf Henkel viel für freiewelt.net, ein Blog der stark für die AfD wirbt. Michael Miersch von dem mit dem IUF verlinkten Blog „Achse des Guten“, begrüßt das energiepolitische Programm der AfD gegen die Energiewende. Der ebenfalls bei IUF verlinkte Aufruf des Bundes der Steuerzahler zur Strafbarkeit von Verschwendung von Steuergeldern wird von der AfD unterstützt. Ebenfalls schreiben AfD- und IUF-Anhänger beim Magazin und Blog „Eigentümlich Frei“.

Eine weitere Verbindung zwischen den Think-Tank- und AfD-Welten stellt die Ludwig-Erhard-Stiftung dar. Unter anderem kommen dort Starbatty und dessen Doktorand Philip Plickert zu Wort; letzterer berichtet in der FAZ gut informiert über die AfD. Seine eingangs erwähnte Rede von der AfD als „bürgerliche Graswurzelbewegung“ veranschaulicht, dass die europaskeptische neue Rechte sich auch vor Anleihen bei der politischen Kultur sozialer Bewegungen nicht scheut.

Ähnlich wie im Kreise der NDF-Partner wirken im Rahmen und im Kontext der AfD eine ganze Reihe von Mont-Pèlerin-Society-Mitgliedern, deren politisches

Wirken sich bis dahin überwiegend im Rahmen von CDU- und FDP-Kreisen und vor allem über Think Tanks entfaltet hat. Die deutsch-britische Achse ist offenkundig. Das einigende Band ist die neoliberale Kombination eines politischen Nationalismus (gegen grenzüberschreitende Umverteilung, europäischen Wohlfahrtsstaat) mit ökonomisch marktliberal-kosmopolitischem Denken. Neben dem euro(pa)skeptischen Potenzial in Deutschland, welches die neue Gruppierung rechts von CDU/CSU und FDP zweifelsohne besitzt, weil CDU und FDP als Architekten des Euroraumes wenig Möglichkeiten besitzen, die Euroskeptiker zu integrieren, kann der Prototyp einer rechtsliberalen Partei in paradoxer Manier auf die sich herausbildende neue europäische Kraft einer politischen Rechten setzen, welche für ökonomische Liberalisierung und politische Desintegration eintritt. Unterstützung für solche Positionen und Stimmungen im Wirtschaftslager der CDU/CSU und der FDP ebenso wie in Teilen deren Wahlvolkes sollten nicht unterschätzt werden, auch wenn Lange und Saezler (2013) zu Recht vor einer medialen Übertreibung zugunsten der neuen Partei warnen. Gleichzeitig gibt es erhebliche Spannungen zwischen den neoliberal-konservativen und damit rechtsliberalen Kräften der neuen Partei und einer Reihe von weiteren national-konservativen Strömungen, welche eine rechtspopulistische Ausstrahlung besitzen und für die Erschließung von breiteren Wählerschichten vermutlich wichtiger sind als die neoliberalen Eliten. Gleichzeitig sind die inhaltlichen Anliegen und Positionen einer konfusen Rechten bzw. diverser rechtspopulistischer Strömungen in der AfD keineswegs immer kompatibel mit der rechtsliberalen oder national-konservativen strategischen Anliegen. Widersprüche zwischen programmatischen Lagern und einer diffus-rechten Basis traten nach der Bundestagswahl schärfer hervor.

5. Zwischenbilanz: Die AfD nach einem Jahr

Auch wenn die AfD bei den Bundestagswahlen 2013 knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist, hat sie im Wahljahr 2013 für viel Furore gesorgt. Bis zur Bundestagswahl stieß die neue Partei auf großes mediales Interesse und erhielt viel Zuspruch. Nach der Bundestagswahl im September sorgten Konflikte um rechtslastige Führungskräfte unterdessen für eine eher negative Presse. Der bei der Gründung von der Führungsspitze der AfD zunächst erfolgreich gedeckelte Richtungsstreit zwischen gemäßigeren neoliberal-konservativen Kräften und radikaleren national-konservativen Kreisen stellt die Partei möglicherweise vor eine Zerreißprobe (vgl. Gauland 2014; Koschmieder 2013). Speziell die Querelen um den Anfang Januar 2014 zurück getretenen hessischen Parteivorsitzenden Volker Bartz (und den früheren Schatzmeister Peter Ziemann) zeugen von den Schwierigkeiten, den gesellschaftspolitisch gemäßigten rechtsliberalen und konservativen Weizen von der radikalen und diffusen rechtspopulistischen Spreu

zu trennen und vor allem davon, die öffentlichen Ämter von Rechtsaußenpositionen frei zu halten. Gleichzeitig werfen die Vertreterinnen und Vertreter des rechten Flügels der Bundesspitze der Partei vor, die Partei autokratisch zu führen (o.V. Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 08.11.2013). Die innerparteiliche Opposition der Führung hat mittlerweile einen eigenen Blog eingerichtet, um sich öffentlich Gehör zu verschaffen.²¹ Um die basisdemokratische Parteiorganisation ist es unter diesen Umständen sicherlich nicht zum Besten bestellt. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die wahltaktischen und identitätspolitisch begründeten Einwände („konservativer Gegenpol zu allzu viel Selbstverwirklichung“) des stellvertretenden Sprechers der AfD und bekennenden Rechtspopulisten²² Alexander Gauland gegen die Engführung der Partei durch die von ihm als liberal bezeichnete Fraktion. In einem Leserbrief an die FAZ weist der baden-württembergische Beisitzer des Landesvorstandes der AfD, Prof. Dr. Jörg Meuthen, die u.a. auch in der FAZ geäußerten Vorwürfe der autokratischen Tendenzen zurück und verteidigt die Notwendigkeit, eine junge Partei von rechtsradikalen Kräften frei zu halten.²³

Ob nun nötig und berechtigt oder nicht, folgt der bereits stark von oben kontrollierten Gründung der Partei (vgl. Lange/Saetzler 2013: 4) nun der zumindest bislang erfolgreiche Versuch, auch die weitere Entwicklung der Partei durch die Führungsspitze der Bundespartei zu kontrollieren, ohne die mittlerweile stark gewachsene Parteibasis bzw. die verschiedenen Lager komplett zu verprellen. Beim Gründungsparteitag ließ sich das Kontrollstreben der Führungsspitze daran festmachen, dass das politische Kurzprogramm kaum diskutiert wurde, obwohl Mitglieder und Sympathisanten eine thematische Verbreiterung befürworteten (Lange/Saetzler 2013: 3). Es ging im Vorfeld der Bundestagswahl zunächst insbesondere darum, die Formalia für die Zulassung zur Bundestagswahl zu erfüllen, wobei eine breite Diskussion in der Mitgliedschaft zweifellos gestört hätte. Die neue Rechte war sich seinerzeit sicherlich sehr viel mehr einig im Protest gegen den Euro und die Eurorettungspolitik als in der positiven Bestimmung von parteipolitischen Zielen.

Diese Ziele wurden im gerade einmal vier Seiten umfassenden Wahlprogramm sehr knapp umrissen. Im Vordergrund des Wahlprogrammes für die Bundestagswahlen standen europapolitische Programmpunkte, vor allem eine „geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes“ und die Ablehnung einer Transferunion bzw. eines europäischen zentralistischen Staates. Die EU solle durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung verschlankt werden, wobei die Positionen von David Cameron „nachdrücklich“ unterstützt werden. Zusätzlich verständigte sich der Parteitag auf eine Betonung des Rechtsstaates sowie auf

²¹ <http://alternativernewsletter.wordpress.com/>, letzter Zugriff 27.01.2014.

²² „Das heißt, man muss, um erfolgreich zu sein, all jene mitnehmen, die die AfD nur deshalb wollen und wählen, weil sie anders ist, populistisch dem Volk aufs Maul schauen, und weil sie das politikfähig formuliert, was in Wohnzimmern und an Stammtischen gedacht und beklagt wird“ (Gauland 2014).

²³ <https://www.alternativefuer.de/2014/01/02/faz-02-01-2014-weitere-zerwuerfnisse-in-der-afd/>, letzter Zugriff 27.01.2014.

Schuldenabbau, kombiniert mit einer Vereinfachung des Steuerrechts (vorgeschlagen durch Prof. Paul Kirchhof). Der Familie wird eine zentrale Stellung in der Gesellschaft zugesprochen, Bildung gilt als ihre Kernaufgabe, wobei bundesweit einheitlichen Bildungsstandards gelten sollen. Hinzu kommen die Forderungen nach Subventionsabbau für Erneuerbare Energien sowie nach einer Einwanderungspolitik nach kanadischem Vorbild, die insbesondere nach Qualifikation selektiert.²⁴ Das Kurzprogramm zur Bundestagswahl 2013 veranschaulicht die europapolitische Grundlinie der Ablehnung positiver Integration. Negative Integration und marktwirtschaftliche Freiheiten werden demgegenüber nicht in Frage gestellt mit Ausnahme der sozialpolitischen Gleichstellung von EU-Bürger/innen, die von der AfD zum Schutz der nationalen Sozialsysteme beschränkt werden (vgl. hierzu Scharpf 2008). Auch in dieser Frage erscheint damit das rechtsliberale Grundmotiv einer partiellen Desintegrationsstrategie, das sich mit der Generallinie der europäischen Partei Allianz der Konservativen und Reformer gut verträgt.

Insgesamt wurden national-konservative Themen und Strömungen im Kurzprogramm nur begrenzt und in vieler Hinsicht vage formuliert. Nach der Bundestagswahl 2013 ließ sich die breitere politische Diskussion in der Partei aber nicht mehr mit Verweis auf Sachzwänge und Prioritäten in Anbetracht der anstehenden Wahlen verhindern. Das rechtspopulistische Lager verschaffte sich zunehmend Gehör, zumal einige der Rechtsaußenvertreter der AfD in Landesvorstände gewählt worden waren. Mitglieder der Bundesführung griffen Ende letzten Jahres in Hessen ein und erwirkten den Rücktritt und die Neuwahl des Landesvorstandes, als von dessen Mitgliedern offen rassistische und homophobe Positionen vertreten wurden (o.V. Wirtschaftswoche, 02.01.2014). Seither steht insbesondere AfD-Parteichef Bernd Lucke im Zentrum der Kritik am autoritären Führungsstil. Gleichzeitig wird Lucke mitunter dem national-konservativen Parteiflügel zugerechnet, der gegen den neoliberalen Flügel mobilisiert. Weil Lucke die Gründung der konservativen Christen in der AfD „mit Wohlwollen“ begleitet habe, gründete sich Lachmann (2014a) zufolge die „Kolibri“-Gruppe (konservativ-liberal), welche sich zu einer „aufgeschlossen, modernen Form“ (ebd.) politischen Denkens bekenne und die Vorzüge beider Richtungen verbinden wolle. Die klare Zuordnung von Personen zu verschiedenen Lagern erweist sich möglicherweise deshalb als schwer, weil die neoliberalen und national-konservativen Kräfte zu stark voneinander abgegrenzt werden. Jedenfalls ist es notwendig, deren gemeinsame Anliegen und Überschneidungen zu beachten und diese Kräfte von konfuser rechten und rechtsextremen Lagern zu unterscheiden. Beispielsweise war die AfD für islamkritische Kräfte nicht mehr wählbar, als Ende 2013 bekannt wurde, dass die türkische konservative AKP Partei sich der Alliance of Conservatives and Reformists anschließen würde, die auch der zentrale Bündnispartner der AfD werden soll (Burgwyn 2013).

Anfang Januar 2014 herrschte jedenfalls in der Öffentlichkeit ein Bild innerer Zerrissenheit der AfD vor. Schlagzeilen machten persönliche Querelen und

²⁴ <https://www.alternativefuer.de/pdf/Wahlprogramm-AFD.pdf>, letzter Zugriff 27.01.2014.

Richtungsstreitigkeiten. Im Deutschlandtrend lag die Partei Anfang 2014 nur noch bei vier Prozent. Kurz vor dem Aschaffener Parteitag Ende Januar 2014 konnte die AfD aber das von Lange und Saetzler (2013: 4) konstatierte Fehlen einer „für populistische Parteien kennzeichnende charismatische Führungspersönlichkeit“ möglicherweise beheben und damit auch die internen Streitereien – zumindest zunächst – eindämmen.

Das öffentliche Bekenntnis Hans-Olaf Henkels zur AfD kam im Januar 2014 (faz.net, 08.01.2014) vermutlich rechtzeitig, um eine zugkräftige euro(pa)kritische Kampagne für die Europawahlen zu entwickeln. Der ehemalige BDI-Chef und Wirtschaftsmann ist medial sehr präsent und wird als einer der Spitzenkandidaten neben Parteigründer Lucke eine prominente Rolle im Wahlkampf spielen. Wenn es richtig ist, dass Lucke eher dem national-konservativen Flügel zuzuordnen ist, so präsentiert Henkel zweifellos eher die neoliberalen Kreise ebenso wie die Europakandidaten Starbatty und Adam (Lachmann 2014b). Die Diskussion über das Europawahlprogramm verlief im in dem kurzen Zeitraum von Dezember 2013 bis Januar 2014 offenbar geordnet und gab kaum Anlass zu öffentlicher Kritik an der Parteiführung. Diese hatte eine „Große Europakommission“ eingesetzt, die im Dezember 2013 in Berlin erstmalig zusammentrat. Ein von verschiedenen Funktionären auf Bundes- und Landesebene verfasstes Thesenpapier wurde kurz vor Weihnachten 2013 zur Diskussion verbreitet. Diese Europawahlthesen 2014 enthalten Konsensthesen und einige alternative Formulierungsvorschläge, bzgl. welcher der Parteitag Richtungsentscheidungen fällen sollte.

In der Presse wurden die Thesen als Hinweis gedeutet, dass die AfD dem Kampf gegen den Euro bzw. die Eurorettungspolitik nicht mehr die erste Priorität einräume. Lachmann (2014b) hebt die Forderung des Programms nach exklusiv staatlicher Heimatlandunterstützung für Zuwanderer hervor, die noch nicht steuer- und abgabenpflichtig beschäftigt waren. Diese Forderung stand bereits im Bundestagswahlprogramm und steht nicht im Einklang mit der europäischen Gesetzgebung, die insbesondere die Freizügigkeit der EU-Bürger/innen betont, welche durch Restriktionen der Sozialsysteme nicht beschränkt werden soll (vgl. Scharpf 2008). Die AfD fordere ferner einen größeren Einfluss für die Bundesrepublik als bevölkerungsreiches Land und stelle sich gegen das Modell der Vereinigten Staaten von Europa, trete also für ein Europa der souveränen Nationalstaaten ein. Die Frage der Mitgliedschaft der Türkei ist offenbar umstritten, wobei auch die Befürworter einer partiellen Mitgliedschaft der Türkei die Teilnahme am freien Personenverkehr des Landes an die Zustimmung in Mitgliedstaaten durch Volksabstimmung knüpfen wollen, also eine sehr hohe Hürde aufbauen (Lachmann 2014c). Im Thesenpapier zu finden sei auch die Ablehnung des transatlantischen Freihandelsabkommen, weil geltende Standards im Verbraucherschutz und Nahrungsmittelrecht gefährdet würden (ebd.). Tatsächlich wurden zum transatlantischen Freihandel ebenfalls unterschiedliche Thesen formuliert. Die Konsensthese vor der spezifischen Frage des transatlantischen Freihandelsabkommens betont demgegenüber den Erfolg des

Freihandels, welcher durch den europäischen Binnenmarkt hervorragend belegt werde.²⁵

Im Wesentlichen erweitern die Europawahlthesen das Programm der AfD um einige Punkte. Über die bekannten und vor allem ausführlicher vorgestellten Thesen zum Europa souveräner Nationalstaaten und unterschiedlicher Geschwindigkeiten sowie zur Möglichkeit zum Austritt aus dem Euro-Raum und gegen die Schuldenhaftung hinaus werden die Bankenkrise, Landwirtschaft, Datenschutz, Arbeitsmarkt-, Sozial-Zuwanderungs- und Asylpolitik, Umwelt- und Energiepolitik, Freihandel, Meinungsfreiheit/PC, Außen- und Sicherheitspolitik, Umwelt- und Energiepolitik, Gender Mainstreaming, Bildungspolitik, Wettbewerbspolitik und Zahlungsverkehr aufgenommen.

Konservative Positionen kommen etwa in der Ablehnung des Gender Mainstreaming deutlich zum Ausdruck, wobei eine gemäßigtere Linie Ausnahmen für eine positive Diskriminierung für Eltern will, die ihre berufliche Entwicklung zugunsten der Kindererziehung zurückgestellt haben. Ebenfalls will die AfD (konsensuell) die europaweite Standardisierung von Studiengängen (BA/MA) in Deutschland wieder zugunsten der Konkurrenz traditioneller Abschlüsse (Staatsexamen, Diplom etc.) revidieren. Besonders stark kommen national-konservative Positionen in der Frage Zuwanderung und Sozialsysteme zum Ausdruck, wobei gleichwohl ein Bedarf an Zuwanderung konstatiert wird. Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik bleibt umstritten; nur der Einsatz von ausländischen Sicherheitskräften im Inland wird konsequent abgelehnt. Umstritten ist bei der Infrastrukturpolitik, ob die Wasserversorgung in öffentlicher Hand bleiben soll, oder nur die nationale Hoheit und die Gefahr der Privatisierung der Gewinne zu Lasten des Allgemeinwohles betont wird. In der Umwelt- und Energiepolitik akzeptiert die AfD europäische Politik nur in Fragen, die grenzüberschreitenden Charakter haben. Die Klimapolitik soll ihr zufolge beschränkt und strikt marktwirtschaftlich ausgerichtet werden. Radikalere Positionen aus der Skeptiker- bzw. Leugnerszene konnten nicht durchgesetzt werden, wenngleich immerhin von Unsicherheiten in der Klimaforschung die Rede ist und zentrale Zielvorgaben zur Vermeidung einer Erwärmung über 2 Grad abgelehnt werden.²⁶

Im Hinblick auf die Europaprogrammatik ist interessant, dass selbst die als sehr erfolgreich eingestufte Wettbewerbspolitik der AfD Schutz vor politischer Einmischung bedarf, welcher durch einen Transfer der Kompetenzen von der EU-Kommission auf eine unabhängige Regulierungskommission bewerkstelligt werden soll. Ausführlich wird darüber hinaus über die Europäische Agrarpolitik gesprochen. Die Forderungen nach einer umfassenden Reform kombiniert Forderungen nach Senkung von Subventionen mit Forderungen nach

²⁵ <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/01/Europawahlthesen-GEK.pdf>, letzter Zugriff 27.01.2014.

²⁶ Der Mitgründer des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE), Michael Limburg, erläutert seine Position bzgl. der AfD-Diskussion: <http://www.eike-klima-energie.eu/climategate-anzeige/afd-klimapolitik-auch-hier-bitte-klare-kante/>. Limburg scheiterte im Kampf um den Listenplatz Nummer fünf und sechs für die Europawahlen.

Möglichkeiten für selbständiges Unternehmertum in der Landwirtschaft und in Lebensmittelmärkten, der Verringerung von Pestizideinsatz und insbesondere der Verringerung von Exportsubventionen, um die Marktchancen in Entwicklungsländern zu verbessern und dadurch den Auswanderungsdruck zu senken. Umstritten bleiben die Verwendung von genmanipuliertem Saatgut und die Frage der Agrarkraftstoffe. Schließlich bleibt noch zu erwähnen, dass die AfD sich für die informationelle Selbstbestimmung und die Erweiterung des Briefgeheimnisses zu einem umfassenden Kommunikationsgeheimnis einsetzt. Umstritten bleibt die Frage der Vorratsspeicherung von Daten.

Das Programm verbindet in vielen Bereichen die neoliberale und national-konservative Vorstellungswelt. Beim Datenschutz, der Kritik an der Exportsubvention für landwirtschaftliche Güter und der Kritik an der Entlastung von Banken und Unternehmen von Haftung und Schulden sowie der Forderung nach Transparenz etwa bei Verhandlungen für Freihandelsabkommen können auch Anknüpfungen an progressives Denken ausgemacht werden. Demgegenüber ist die weitgehende Ablehnung von Gender Mainstreaming sicherlich als Bekenntnis zu patriarchal-konservativen Kreisen zu deuten. Radikalere Kräfte, etwa die Klimawandelleugner und extremen Nationalisten, mussten sich mit gemäßigten Positionen zufrieden geben. Gleichzeitig sind die national-konservativen sozialpolitischen Positionen, die möglicherweise auf eine Einschränkung der Personenfreizügigkeit herauslaufen würden, bislang nur im AfD-Programm zu finden. Ähnliche Positionen werden aber bei den verbündeten Parteien der neuen Rechten in der Alliance of European Conservatives and Reformists vertreten.

Es wird interessant zu beobachten, wie die Verbindung von neoliberalen und national-konservativen Elementen von den verschiedenen Kandidatinnen und Kandidaten gezogen wird bzw. mit welcher Gewichtung die Partei verschiedene Positionen und Elemente in der Öffentlichkeit vertreten wird. Neoliberale Positionen sind mit national-konservativem Denken vereinbar, wenn durch dieses der ökonomische Fundamentalismus der Marktfreiheit nicht in Frage gestellt wird. Umgekehrt sind national-konservative Positionen mit neoliberalen Denken vereinbar, wenn die nationalistischen Elemente nicht auf staatlichen Interventionismus hinauslaufen. Das konservative und im Hinblick auf die europäische Integration reaktionäre Denken der AfD in nationalen, sozial und gesellschaftspolitisch disziplinierten Staats- und Wirtschaftseinheiten erinnert an die Ordnungsvorstellungen und an die Europakritik der Ordoliberalen der 1950er Jahre (vgl. Wegmann 2002). Jenseits der Verbindung von politischem Nationalismus und ökonomisch kosmopolitischem Denken spricht die Partei eine Reihe von Themen an, die quer durch die Gesellschaft für Unmut sorgen. Die AfD kann sich derzeit sowohl als Programm- als auch als Protestpartei klar von den anderen Parteien im deutschen Parteienspektrum unterscheiden und hat gute Aussichten, bei der Europawahl für Aufsehen zu sorgen.

Nach dem Aschaffenburg-Parteitag lag die AfD einer Emnid-Umfrage zufolge bei sieben Prozent (o.V. Die Welt, 27.01.2014). Weil die Hürde bei der Europawahl bei drei Prozent liegt, muss sich die Alternative für Deutschland in diesem Wahljahr – trotz verstärkten Gegenwinds von anderen Parteien, an der Spitze die

CSU – über ihren ersten Wahlerfolg wohl kaum Sorgen machen. Wird das Ergebnis der Bundestagswahl bei den Europawahlen erreicht, so würde die AfD mit vier Abgeordneten ins Europäische Parlament einziehen.²⁷

Ein Vergleich der Wahlergebnisse der Partei bei der Bundestagswahl in den Bundesländern zeigt, dass die AfD ihre besten Ergebnisse in ostdeutschen Ländern (Sachsen, Thüringen und Brandenburg) erzielen konnte. Aber auch in Hessen, Baden-Württemberg und im Saarland kam die Partei aus dem Stand auf mehr als fünf Prozent. Lediglich in Bremen und im allerdings bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen blieb die Partei 2013 unter vier Prozent (vgl. *Tabelle 6*).

Tabelle 6: Wahlergebnisse der AfD 2013

	Erststimmen	Zweitstimmen
Bundestagswahl	3,9%	4,7%
Schleswig-Holstein	3,6%	4,6%
Hamburg	3,4%	4,2%
Niedersachsen	1,9%	3,7%
Bremen	3,3%	3,7%
Nordrhein-Westfalen	1,8%	3,9%
Hessen	1,2%	5,6%
Rheinland-Pfalz	0,3%	4,8%
Baden-Württemberg	2,4%	5,2%
Bayern	2,2%	4,3%
Saarland	4,4%	5,2%
Berlin	3,8%	4,9%
Brandenburg	---	6,0%
Mecklenburg-Vorpommern	---	5,6%
Sachsen	---	6,8%
Sachsen-Anhalt	1,4%	4,2%
Thüringen	2,0%	6,2%
Hessenwahl		
	---	4,1%

Quelle: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/, http://www.wahlen.hessen.de/irj/Wahlen_Internet?cid=5ab5f5fd23b8ff4f78c584ce5b2199e2, letzter Zugriff 27.01.2014.

Bei der Hessenwahl kam die Partei zudem ebenfalls auf 4,1 Prozent. Wenn die Richtungskämpfe im Zuge des Europawahlkampfes beendet oder zumindest vorübergehend still gelegt werden, so ist bei der Europaparlamentswahl jedenfalls mit einem gegenüber der Bundestagswahl deutlich besseren Ergebnis zu rechnen, weil die Partei voraussichtlich zumindest die rechten Protestwähler besser an sich binden kann als andere Parteien.

²⁷ vgl. <http://foederalist.blogspot.de/2013/12/umfragen-zur-europawahl-2014-eine.html>, letzter Zugriff 27.01.2014.

6. Resümee und Ausblick

Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass die Entstehung einer rechtsliberal-konservativen europapolitischen Option auf europäischer Ebene (AECR) im Verein mit den lange in der Zivilgesellschaft verankerten neoliberalen und national-konservativen Kräften in Deutschland den maßgeblichen Hintergrund der erfolgreichen Gründung und raschen Mobilisierung für die euro(pa)skeptische Partei Alternative für Deutschland bilden. Die von der Partei selbst als „nationale Linke“ genannten Kräfte (Gauland 2014 sind organisatorisch schwer zu erkennen, aber Anschlüsse an progressives Denken ist in verschiedenen politischen Feldern, darunter Fragen der Daseinsvorsorge, des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft, der Haftung von Banken und Großkonzernen oder der Transparenz von politischen Entscheidungsprozessen durchaus vorhanden. Der vorherrschende wirtschaftliche Neoliberalismus und national orientierte Konservatismus gegen feministische Ansprüche und gegen Minderheiten lässt sich allerdings schwerlich mit progressivem Denken vereinbaren. Wählbar ist die Partei vermutlich gleichwohl sowohl für diffus rechte wie für diffus linke Protestwähler/innen jenseits der programmatisch konsistenteren rechtsliberalen und national-konservativen Kreise.

Die transnationalen, insbesondere deutschen, britischen, polnischen, tschechischen und österreichischen Zusammenhänge der neuen Rechten in Europa sind in der deutschen Diskussion unterbelichtet. Sie können z.B. anhand der Partnerorganisationen der AECR-Parteistiftung, der New Direction Foundation, detailliert dargestellt werden.²⁸ Ebenso wie in deren sozialen Netzwerkzusammenhängen spielen auch in den deutschen Kreisen der neoliberalen Zivilgesellschaft die Mitglieder der von Friedrich August von Hayek, Wilhelm Röpke und anderen 1947 gegründeten Mont-Pèlerin-Society eine tragende, koordinierende und orientierende Rolle. Die rechtsliberale Diskurskoalition geht weit über das sich derzeit formierende AfD-Spektrum hinaus und reicht sicherlich in das christdemokratische und liberale Parteispektrum hinein. Die AfD sollte daher auch nicht nur als vereinzelt Partei-Phänomen diskutiert und verstanden werden, sondern als Teil einer politischen Diskurskoalition, die Strömungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Parteien zum Ausdruck bringt und Kräfteverhältnisse in Parteien ebenso wie in der Gesellschaft verschieben kann.

Anhand der deutschen Entwicklung wird sichtbar, dass viele Faktoren zusammenkommen, wenn in kurzer Zeit eine Partei gebildet werden kann, die gute Aussichten auf Einfluss im politischen System generell und insbesondere auf den Einzug ins Europaparlament 2014 ausrechnen kann. Im Gegensatz zur ebenfalls noch jungen Piraten-Partei handelt es jedenfalls im Falle der AfD um eine Parteigründung „von oben“, die von einer kleinen Zahl von Personen gut organisiert und programmatisch kontrolliert wird und sich offenbar auf

²⁸ vgl. <http://thinktanknetworkresearch.net>, letzter Zugriff 27.01.2014.

hinreichende finanzielle Ressourcen stützen kann (Lange/Saetzler 2013).²⁹ In diesem Zusammenhang müssen die Forderung der AfD nach „direkter Demokratie“ kritisch bewertet werden: Das bei der Gründung und bisherigen Entwicklung dieser Partei dokumentierte elitäre Politikverständnis entspricht dem Denken und den grundsätzlichen Demokratievorbehalten der rechtsliberalen Linie. Direktdemokratische Elemente dienen nicht unbedingt einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft. Sie bieten aber erweiterte Möglichkeiten für eine populistische Mobilisierung (Volksabstimmungen etc.) z.B. gegen Migration oder den Beitritt der Türkei zur EU. Die Forderung der AfD und der Alliance of European Conservatives and Reformists nach Begrenzungen des Europaparlaments sind jedenfalls schwer mit Forderungen nach mehr Demokratie in Einklang zu bringen.

Ebenso wie die Allianz Europäischer Konservativer und Reformisten auf europäischer Ebene füllt die Gründung der Alternative für Deutschland eine europapolitische Repräsentationslücke im deutschen Parteienspektrum. Dies ist aus demokratiethereoretischer Perspektive zu begrüßen, selbst wenn die europapolitischen Positionen der neuen rechten Partei nicht als besonders konstruktiv eingeschätzt werden können im Sinne der sozialen und politischen Einheit Europas. Die AfD wird aller Voraussicht nach die anderen Parteien zwingen, europapolitisch Farbe zu bekennen. Eine klarere Kontur der sozial- und demokratiepolitischen Europadebatte eröffnet dabei neue politische Perspektiven, indem sie den pro-europäischen Mainstream insbesondere in konservativen Parteien dazu zwingt, Positionen gegenüber der AfD abzugrenzen und nicht selbst ein doppeltes Spiel (europafreundlich in Brüssel, europaskeptisch zu Hause) zu spielen. Darüber hinaus sind neue, insbesondere soziale Integrationsperspektiven gegenüber dem hegemonialen Austeritätsmodell zwingend, um rechtspopulistischen Agitationen entgegen zu treten. Europapolitische Rhetorik wird alleine nicht ausreichen, um die Ursachen des Aufstiegs rechtspopulistischer Kräfte zu bekämpfen und ein progressives Interesse an einem europäischen Sozialmodell zu nähren (vgl. Habermas 2013).

Die Diskussion über die AfD wird aber in Deutschland erst dann ernsthaft geführt, wenn auch ihre europäischen Dimensionen erörtert und politisch bewertet werden. Das europäische Parlament wird in Zukunft sicher sehr viel stärker in eine Auseinandersetzung um konkurrierende Integrationsperspektiven verwickelt werden. Der europaskeptische rechte Block im europäischen Parlament wird von derzeit etwa 100 Abgeordneten auf möglicherweise 150-180 Abgeordnete wachsen. Ironischerweise wird der Erfolg der neuen (rechtsliberalen und national-konservativen) Formation in Europa derzeit vor allem durch das Erstarken der radikal-nationalistischen Fundamentalopposition bedroht. Diese

²⁹ Über die Finanzierung der Partei ist nicht viel bekannt. Große Parteispenden wurden bislang nicht angezeigt. Ein Darlehen in Höhe von insgesamt einer Million Euro des Hamburger Reeders Folkard Edler muss aber möglicherweise als verdeckte Parteispende bewertet werden, weil der Zinssatz nur zwei Prozent beträgt (o.V. Forum.Spiegel.de, 15.12.2013). Aufgrund des guten Wahlergebnisses bei der Bundestagswahl 2013 kann die Partei unterdessen mit einer Erstattung in Höhe von 1,7 Millionen rechnen (o.V. Deutsche Wirtschaftsnachrichten 25.10.2013).

dürfte starke Zuwächse erzielen, während die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen eher Federn lassen wird – trotz des absehbaren Zuwachses aus Deutschland. Auch wenn die neue Rechte der Konservativen und Reformisten mit der radikaleren Rechten nichts zu tun haben will und auch die nationalistischen Kräfte vielfach gespalten sind, wird die europapolitische Diskussion von diesem Rechtsruck im Parlament aber sicher nicht unberührt bleiben.

Im Hinblick auf die europäischen und zivilgesellschaftlichen Hintergründe der AfD bleiben noch viele Fragen offen: wie werden strategisches und taktisches Wissen sowie andere (nicht zuletzt finanzielle) Ressourcen in den Netzwerken entwickelt, organisiert und mobilisiert? Gibt es transnationale ökonomische Interessen, welche die neoliberalen Netzwerke und euro(pa)skeptischen Parteien in mehreren Ländern finanzieren? Welche Rolle kommt den noch jungen politischen Parteistiftungen auf europäischer Ebene und ihren Partnernetzwerken generell zu? Stärken sie das parlamentarische System in Europa oder werden neue Mechanismen elitärerer Einflussnahme entwickelt, welche das Vertrauen in das System repräsentativer Demokratie untergraben? Wenn nicht alles täuscht, so wird das Interesse an den am Beispiel der Allianz Europäischer Konservativer und Reformisten und der Alternative für Deutschland gezeigten Zusammenhängen zwischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen spätestens nach den Europaparlamentswahlen 2014 erheblich zunehmen, weil die europaskeptischen und rechtspopulistischen Kräfte im kommenden Jahr nicht nur in Deutschland ihren bis dahin größten politischen Erfolg verbuchen dürften.

Literatur

- Bale, Tim/Hanley, Seán/Szczerbiak, Aleks (2010): 'May Contain Nuts'? The Reality behind the Rhetoric Surrounding the British Conservatives' New Group in the European Parliament. In: *The Political Quarterly*, Jg. 81, Nr. 1, S. 85-98.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2007): *Das kosmopolitische Europa: Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Berger, Jens, (2011): Bürgerkonvent 2.0 – die deutsche Tea-Party-Bewegung. In: *Nachdenkseiten* 8.9. 2011 (online <http://www.nachdenkseiten.de/?p=10678>, Zugriff 27.01.2014).
- Bohle, Dorothee/Greskovits, Béla (2012): *Capitalist Diversity on Europe's Periphery*. Ithaca: Cornell University Press.
- Bohle, Dorothee/Neunhöffer, Gisela (2006): Why is there no third way? The role of neoliberal ideology, networks and think tanks in combating market socialism and shaping transformation in Poland. In: Plehwe, Dieter, Walpen, Bernhard und Neunhöffer, G. (Hrsg.): *Neoliberal hegemony: a global critique*. London/New York: Routledge, S. 90-104.
- Boucher, Stephen (2004): *L'Europe et ses think tanks: un potentiel inaccompli*. Paris: Notre Europe
- Brack, Nathalie (2013): Euroscepticism at the Supranational Level: The Case of the 'Untidy Right' in the European Parliament. In: *Journal of Common Market Studies*, Jg. 51, Nr. 1, S. 85-104.
- Brooks, Neil (2005): Tax freedom day. A Flawed, Incoherent, and Pernicious Concept. Center for Policy Alternatives, online abrufbar unter: www.policyalternatives.ca/sites/default/files/uploads/publications/National_Office_Pubs/2005/tax_freedom_day.pdf, letzter Zugriff 20.08.2013.
- Brunnengräber, Achim (2013): *Klimaskeptiker in Deutschland und ihr Kampf gegen die nergiewende*. Universität Wien: IPW WORKING PAPER No. 1/2013.
- Buchsteiner Jochen (2013): Trauerspiel in zwei Akten. Simulierter EU-Gipfel in London, in: *FAZ* 12.12.2013 (online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/simulierter-eu-gipfel-in-london-trauerspiel-in-zwei-akten-12708679.html>, letzter Zugriff 19.08.2013).
- Burgwyn, Henry K. (2013): AfD und AKP künftig unter einem Dach, in: *freiheitlich. Leben und bloggen*. (online: <http://www.freiheitlich.me/?p=10782>, Zugriff 17.1.2014).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2013): Etwa 17 Prozent potentielle AfD-Wähler. 17.04.2013, Nr. 89, S. 1.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2013): Gleichauf mit „Piraten“ – „Alternative für Deutschland“ liegt bei 3 Prozent. *FAZ.NET* am 16.04.2013, online abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/gleichauf-mit-piraten-alternative-fuer-deutschland-liegt-bei-3-prozent-12150745.html>, letzter Zugriff 19.08.2013.
- FEI = Forschungsgruppe Europäische Integration (Hrsg.) (2012): *Rechtspopulismus in der Europäischen Union*. Hamburg: VSA Verlag.

- Gagatek, Wojciech/van Hecke, Steven (2011): Towards Policy-Seeking Europarties: The Development of European Political Foundations. EUI Working Paper RSCAS 2011/58.
- Gauland, Alexander (2014): Die AfD in der Krise, in: FAZ 24.01.2014, 10.
- Habermas, Jürgen (2013): Demokratie oder Kapitalismus? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2013, S. 59-70.
- Haller, Max (2009): Die Europäische Integration als Elitenprozess: Das Ende eines Traums? Wiesbaden: VS Verlag.
- Harmsen, Robert/Spiering, Menno (Hrsg.) (2004): Euroscepticism. Party Politics, National Identity and European Integration. European Studies – An Interdisciplinary Series in European Culture, History and Politics, Bd. 20. Amsterdam, New York: Rodopi.
- HB (Handelsblatt) (2013): Die FDP-Flüchtlinge. Handelsblatt.com am 14.05.2013, online abrufbar unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-profitiert-von-euro-skepsis-die-fdp-fluechtlinge/8199648.html>, zuletzt geprüft am 19.08.2013.
- Hooghe, Liesbet/ Marks, Gary (1997): The Making of a Polity: The Struggle over European Integration, in: European Integration online Papers (EIoP) Vol. 1 (1997) N° 004; <http://eiop.or.at/eiop/texte/1997-004a.htm>
- Karabelas, Iris (2011): Liberaler Kapitalismus, Libertarismus und .Kulturtheorie. Zur Bedeutung Friedrich August von Hayeks für das staatskritische Denken im ausgehenden 20. Jahrhundert, in: Löffler, Bernhard/Hochgeschwender, Michael, (Hg.) Religion, Moral und liberaler Markt, S. 151-170, Bielefeld: Transcript
- Koschmieder, Carsten (2013): "Alternative für Deutschland"? – A German right-wing populist party?, Policy Network, 21. Oktober 2013 (online: http://www.policy-network.net/pno_detail.aspx?ID=4497&title=An-%E2%80%9CAAlternative-f%C3%BCr-Deutschland%E2%80%9D, letzter Zugriff 10.1.2014).
- Lachmann, Günther (2014a): Die Leiden der AfD mit sich selbst und ihrem Chef. In: Die Welt 23.01.2014 (online: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article124158849/Die-Leiden-der-AfD-mit-sich-selbst-und-ihrem-Chef.html>, letzter Zugriff 27.01.2014)
- Lachmann, Günther (2014b): Ex-Industriepräsident Henkel tritt für die AfD an, in: „Die Welt“, 08.01.2014 (online: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article123673287/Ex-Industriepraesident-Henkel-tritt-fuer-die-AfD-an.html>, letzter Zugriff 10.01.2014).
- Lachmann, Günther (2014c): Sozialhilfe aus der Heimat für die Zuwanderer. In: Die Welt 01.01.2014 (online: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article123442505/Sozialhilfe-aus-der-Heimat-fuer-die-Zuwanderer.html>, letzter Zugriff 24.01.2014).
- Lange, Nico/Saetzler, Theresa (2013): Die neue Partei „Alternative für Deutschland“. Entstehung, Programm und Bewertung. Parteienmonitor aktuell. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

- Leontjeva, Elena (2008): A short story of the free market triumphing: between the two unions by, Lithuanian Free Market Institute (Lithuania). In: Dyble, Colleen, ed. Taming Leviathan. Waging the war of ideas around the world. Occasional Paper 142, London: Institute of Economic Affairs.
- Machlup, Fritz (1977): A History of Thought on Economic Integration. New York: Columbia University Press.
- Morris, Marley (2013): Conflicted Politicians. The populist radical right in the European Parliament. Counterpoint.
- o.V. Der Spiegel (2013): Heikler Deal: AfD bekam günstigen Millionenkredit von Hamburger Reeder. In: Forum.Spiegel.de 15.12.2013 online abrufbar unter: <http://forum.spiegel.de/showthread.php?t=108537&page=20>, letzter Zugriff 5.2.2014.
- o.V. Deutsche Wirtschafts Nachrichten (2013): Lucke: Ergebnis der Bundestagswahl bringt AfD 1,7 Millionen Euro. In: Deutsche Wirtschafts Nachrichten 25.10.2013, online abrufbar unter: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/10/25/lucke-ergebnis-der-bundestagswahl-bringt-afd-17-millionen-euro/comment-page-3/>, letzter Zugriff 5.2.2014.
- o.V. Deutsche Wirtschaftsnachrichten (2013): Machtkampf in der AfD: Spekulationen über Lucke-Ablöse. In: Deutsche Wirtschafts Nachrichten 08.11.2013, online abrufbar: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/11/08/machtkampf-in-der-afd-spekulationen-ueber-lucke-abloese/>, letzter Zugriff 5.2.2014.
- o.V. Die Welt (2013): Finanziert Mövenpick-Milliardär AfD-Wahlkampf?, online abrufbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article115512728/Finanziert-Moevenpick-Milliardaer-AfD-Wahlkampf.html>, letzter Zugriff 5.2.2014.
- o.V. Die Welt (2014): Umfrage sieht AfD bei sieben Prozent. Online abrufbar unter: http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article124250184/Umfrage-sieht-AfD-bei-sieben-Prozent.html, letzter Zugriff 5.2.2014.
- o.V. Wirtschaftswoche (2013): Machtkampf in Hessen. Es rumort in der AfD. In: Wirtschaftswoche 02.01.2014, online abrufbar: <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/machtkampf-in-hessen-es-rumort-bei-der-afd/9278364.html>, letzter Zugriff 5.2.2014
- Plehwe, Dieter (2006) „Soziale Marktwirtschaft als Steinbruch? Zur Neuvermessung der Grenzen zwischen Markt und Staat in der aktuellen Debatte über wirtschaftspolitische Leitbilder.“ In: Berthoin Antal, Ariane/Quack, Sigrid (Hrsg.): Grenzüberschreitungen - Grenzziehungen. Implikationen für Innovation und Identität. Festschrift für Hedwig Rudolph. Berlin: edition sigma, S. 353-388
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (2004) “Buena Vista Neoliberal? Eine klassentheoretische und organisationszentrierte Einführung in die transnationale Welt neoliberaler Ideen”. In: Klaus-Gerd Giessen (Hrsg.) Ideologien in der Weltpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 49-88.

- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (2006): Between Network and Complex Organization. The Making of Neoliberal Knowledge and Hegemony. In: Dies. und Neunhöffer, Gisela (Hrsg.): Neoliberal hegemony: A global critique. London/New York: Routledge, S. 27-50.
- Plickert, Philip (2008): Wandlungen des Neoliberalismus. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Plickert, Philip (2013): „Alternative für Deutschland“ – Eine bürgerliche Graswurzelbewegung gegen den Euro. FAZ.NET am 12.03.2013, online abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/alternativ-e-fuer-deutschland-eine-buergerliche-graswurzelbewegung-gegen-den-euro-12111762.html>, letzter Zugriff 19.08.2013.
- Plickert, Philip (2014): Lucke und Henkel führen die AfD in die Europawahl. FAZ.NET 25.01.2014 online abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/alternative-fuer-deutschland-lucke-und-henkel-fuehren-die-afd-in-die-europawahl-12768976.html>, letzter Zugriff 5.2.2014.
- Priestley, Julian (2010): European political parties-the missing link. Policy Paper, Nr. 41. Paris: Notre Europe.
- Rose, Richard/Borz, Gabriel (2013): Aggregation and representation in European Parliament party groups. In: West European Politics, Jg. 36, Nr. 3, S. 474-497.
- Scharpf, Fritz (2008): Individualrechte gegen nationale Solidarität, in: Höpner, Martin, Schäfer, Armin (Hg.): Die Politische Ökonomie der europäischen Integration. Frankfurt: Campus, S. 89-100.
- Schindelbeck, Dirk/Ilgen, Volker (1999) „Haste was, biste was!“ Werbung für die soziale Marktwirtschaft, Darmstadt
- Schmitter, Philippe C./Streeck, Wolfgang (1999): The Organization of Business Interests. Studying the Associative Action of Business in Advanced Industrial Societies. Discussion Paper 99/1. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Speth, Rudolf (2004): Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Düsseldorf: Hans Böckler-Stiftung.
- Süddeutsche Zeitung (2010): Die nächste Schlacht gegen den Euro, 07.05.2012, S. 19.
- Süddeutsche Zeitung (2011): Die Angst vor der Transferunion, 17.03.2011, S. 24.
- Süddeutsche Zeitung (2012): „Die Entscheidungen der Kanzlerin waren falsch“, sueddeutsche.de am 06.07.2012, online abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/protest-brief-der-oekonomen-im-wortlaut-die-entscheidungen-der-kanzlerin-auf-dem-gipfel-waren-falsch-1.1404702>, letzter Zugriff 20.08.2013.
- Szczerbiak, Aleks/Taggart, Paul A. (2008): Opposing Europe? Oxford: Oxford University Press.
- Trechsel, Alexander H./Mair, Peter (2011): When parties (also) position themselves: an introduction to the EU Profiler. In: Journal of Information Technology & Politics, Jg. 8, Nr. 1, S. 1-20.
- Usherwood, Simon/Startin, Nick (2013): Euroscepticism as a Persistent Phenomenon. In: Journal of Common Market Studies, Jg. 51, Nr. 1, S. 1-16.

- Vogel, Steffen (2009): Konservativer Steigbügelhalter. Rechte Allianzen im Europaparlament. Telepolis am 13.11.2009, online abrufbar unter: <http://www.heise.de/tp/artikel/31/31451/1.html>, letzter Zugriff 20.08.2013.
- Wagenknecht, Sahra (2013): Kein bedingungsloses Bekenntnis zum Euro. Sahra Wagenknecht zur Debatte der Linken über AfD und Europa. neues deutschland am 05.05.2013, online abrufbar unter: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/820665.kein-bedingungsloses-bekenntnis-zum-euro.html?sstr=Alternative>, letzter Zugriff 19.08.2013.
- Walpen, Bernhard (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society. Hamburg: VSA Verlag.
- Wegmann, Milene (2002): Früher Neoliberalismus und europäische Integration, Baden-Baden: Nomos.
- Wodak, Ruth/Khosravinik, Majid/Mral, Brigitte (Hrsg.) (2013): Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse. London: Bloomsbury.

Discussion Papers des Forschungsschwerpunkts Gesellschaft und wirtschaftliche Dynamik 2013–2014

Projektgruppe **Modes of Economic Governance**

Dieter Plehwe

SPIII 2013-502

Converging on strike revisited: Deregulation and the rise of low cost employment regimes in the European airline industry

Thomas Kalinowski

SPIII 2013-501

Crisis management and the varieties of capitalism. Fiscal stimulus packages and the transformation of East Asian state-led capitalism since 2008

Forschungsgruppe **Wissenschaftspolitik**

Simon Roßmann

SP III 2013-602

Steuerung statt Legitimierung? Über die Funktion(en) von Evaluationen staatlicher Forschungseinrichtungen für deren Zuwendungsgeber

Tanja Maier

SP III 2013-601

At the Top? Mediale Bilder von Personen in Spitzenpositionen der Wissenschaft und Wirtschaft

Forschungsgruppe **Globalisierung, Arbeit und Produktion**

Martin Krzywdzinski

SP III 2014-301

Leistungsanreize, Leistungsverhalten und die Bedeutung des soziokulturellen Kontextes aus ökonomischer, psychologischer und soziologischer Perspektive

*Diese (und vorherige) Discussion Papers sind herunterladbar:
<http://www.wzb.eu/de/publikationen/discussion-papers/gesellschaft>*